

Einzelpreis 700 Mark.

Bezugspreis monatlich:
In der Geschäftsstelle 14,500.— M.
Durch Zeitungsboten 16,000.—
„ die Post 18,000.—
„ Ausland 24,000.—

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6—26.
Postfachkonto 60,689.

Donnerate werden nur nach vorheriger
Vereinbarung gezahlt. Unterlangt ein-
geschickte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Lodz

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen

Worts hantshert.

Erste mit Ausnahme der nach
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens.

Anzeigenpreise:

Die 7-gesp. Millimeterzeile 400 M.
Die 3-gesp. Reklame (Millim.) 1.500 —
Eingelände im lokalen Teile 4.000 —
Für Arbeitsuchende besondere Vergünsti-
gungen. Anzeigen an Sonn- und Feier-
tagen werden mit 25% berechnet.
Auslandsinstitute 50% Zuschlag.

Bei Betriebsführung durch höhere Ge-
walt, Arbeitsniederlegung oder Aus-
sperung hat der Beziffer keinen An-
spruch auf Nachlieferung der Zeitung
oder Rückzahlung des Bezugspreises

Nr. 52

Freitag, den 2. März 1923

6. Jahrgang

Frankreich plant die Bildung eines Kontinentalblocks.

Englische Befürchtungen. — Annäherung Englands an Amerika.

Wien, 1. März. (A. W.) Der Londoner
Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ meldet:
Mit einer gewissen Unruhe verfolgt man in Eng-
land die Bemühungen zur Bildung eines
kontinentalen Blocks, besonders die erneute
Annäherung Italiens an Frankreich sowie die
Schwenkung im Verhältnis Frankreichs zu Ruß-
land. Diese Schwenkung ist aus der Absicht
Frankreichs, eine Kommission zur Prüfung der
wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu senden, zu
ersehen.

Die englischen Politiker glauben, daß der er-
wähnte Kontinentalblock gegen England
gerichtet wäre und das englische Wirtschafts-
leben bedrohen würde. Lord Grey soll dieser
Tage erklärt haben, daß ein Block, unter Aus-
schluß Englands, in Bildung begriffen sei, in-
folgedessen erneutes Wettrüsten beginnen
werde, das mit einem Kriege enden müsse.
Es sei wahrscheinlich, daß England dadurch
isoliert werden und in eine gefährliche
Lage geraten würde.

Der erwähnte Berichterstatter fügt hinzu, daß
England, in Anbetracht der obigen Ausführungen,
eine Annäherung an Amerika suche. Der
amerikanische Botschafter Harvey erklärte un-
längst in einer im Londoner Pressklub gehaltenen
Rede, daß England seinen großen amerikanischen
Bruder an seiner Seite finden werde, wenn es
von den europäischen Staaten verlassen werden
sollte.

Protest des Botschafterrats gegen Litauen.

Die Vertreter der Entente in Warschau haben der
polnischen Regierung eröffnet, daß die Botschaftskon-
ferenz in der Memeler Frage Stellung gegen Li-

tauen genommen hat. Der Vertreter der Botschaf-
terkonferenz in Rom wurde beauftragt, gegen die Aus-
weisung des polnischen Gesandten aus Memel, gegen die Er-
nennung des Insurgentenführers Dubrys zum Befehlshaber
des Memelgebietes und gegen den Einmarsch litau-
ischer Truppen zu protestieren. Die Botschaftskonfe-
renz steht auf dem Standpunkt, daß alle diese Maßnahmen
eine Verletzung der getroffenen Abmachungen bedeuten.

Paris, 1. März. (Pat.) Die Mitglieder des Bot-
schafterrats haben die in Frage kommenden Regierungen
von dem Inhalt der polnischen Note in Kenntnis gesetzt,
worin die polnische Regierung den Botschafterrat ersucht,
die Ostgrenzen Polens anzuerkennen. Wie der „Ma-
tin“ berichtet, wird sich der Botschafterrat in seiner heu-
tigen Sitzung mit dieser Frage befassen.

Der litauische Faschismus.

Der Oberbefehlshaber der litauischen Freiwilligenar-
mee, der die Funktionen eines Oberkommissars in Memel
übernommen hat, soll, polnischen Blättern zufolge, dem pol-
nischen Konsul Dr. Szarota folgendes erklärt haben:

„Wir sind litauische Faschisten, und als solche
kümmern wir uns weder um Rom, noch um irgend welche
Rechtsverpflichtungen. Auf eigene Faust werden wir an
die Regelung der Verhältnisse in Memel und die Befestigung
der fremden Elemente gehen. Sie werden sehen, daß
in einigen Tagen von dem deutschen Aus-
sehen der Stadt keine Spur mehr sein wird.“

Memel, 28. Februar. (Pat.) Infolge vorgestern
stattgefundener Demonstrationen entsandte die litau-
ische Regierung militärische Verstärkungen nach
Memel. Charakteristisch ist, daß die aus Memeler
Freiwilligen bestehende Kompanie während der De-
monstrationen in der Kaserne gehalten wurde und
die Soldaten dieser Kompanie sich auf den Straßen nicht
zeigen durften.

Die „Vossische Zeitung“ erzählt aus Memel, daß der
Redakteur des „Memeler Dampfboot“ Siegfried von den
litauischen Behörden den Ausweisungsbefehl erhalten hat.
Siegfried ist seit 15 Jahren in Memel ansässig und war
Stadtratsmitglied.

Weitere Zwangsliquidierung deutscher Mittelgüter.

Posen, 1. März. (A. W.) Die Liquidationskom-
mission hat die Zwangsliquidierung des Mittelgutes „Nowy
Dwór“ im Kreise Nowotomisz, 1300 Hektar groß, Herrn
Richard Kunde gehörig, beschlossen.

Polens lieben Freunde — die Fran- zosen...

In der Sitzung der Pariser Parlamentskommission
für auswärtige Angelegenheiten ergreift Herr Tardieu
während der Debatte über die polnische Anleihe das Wort
und sagte:

„Eine Anleihe für Polen... Auszeich-
nung! Aber vielleicht ist es paradox, gleichzei-
tig Rußland zu bewaffnen...“

Im Laufe eines Jahres hat Sowjetruß-
land in Frankreich 400 Flugzeuge an-
gekauft... Die Flugzeuge werden in Rußland
lediglich zu militärischen Zwecken verwendet.“

Ministerpräsident Poincaré widersprach dem nicht,
er sagte nur, daß die Handelsbeziehungen zwi-
schen Rußland und Frankreich gestärkt seien
und daß die Regierung mit dem Verlaufe von Flug-
zeugen nichts zu tun habe...

Darauf erwiderte Herr Tardieu, daß die Flug-
zeugfabrikanten gänzlich von der Regierung abhän-
gig seien und daß die Regierung einen so gefährlichen
Handel mit Leichtigkeit verbieten könne...

Die Kommission beschloß, Poincaré zu befragen, was
das bedeute...

(Wir enthalten uns einer Kommentierung der obigen
Melbuna. Die Schrift.)

Die Deutschen in Polen und die Ruhrbesetzung.

Polnische Blätter haben eine fabelhafte Entdeckung
gemacht: Die deutschen Blätter in Polen wagen es, das
französische Vorgehen im Ruhrgebiet zu verurteilen, und
da dies nicht nur in einem in Polen erscheinenden deut-
schen Blatt geschieht, sondern — mit größerer oder gerin-
gerer Deutlichkeit — in fast allen deutschen Zei-
tungen, die es überhaupt in Polen gibt, so geschieht
das — so meinen gewisse polnische Zeitungen (oder sie
tun so, als ob sie das meinten) — auf einen „Winkel
von oben“ (vgl. z. B. „Nacjonalista“ Nr. 50).

Wer da behauptet, die Meinungen der deutschen
Zeitungen in Polen über das Vorgehen der Franzosen im
Ruhrgebiet geschehen auf einen „Winkel von oben“, verkennt
zweierlei: Erstens, daß es ein solches „oben“ für die deut-
schen Zeitungen in Polen überhaupt nicht gibt,
und zweitens, daß das, was die deutschen Zeitungen in
Polen in sehr vorsichtiger und milder Form von dem Vor-
gehen der Franzosen im Ruhrgebiet andersprechen, die
Späßen in der ganzen Welt in ganz anderem
Ton von den Dächern pfeifen. Die Späßen in
der ganzen Welt, — aber freilich nicht in Polen: Die
polnischen Späßen sind anders abgerichtet.

Wo pfeifen die Späßen zum Beispiel das schöne
Neb von den Franzosen im Ruhrgebiet in der Tonart,
die der polnischen Presse nicht gefällt?

Man braucht nur hineinzugreifen in den Stoß von
Zeitungen aus den neutralen Ländern, die die Post einem
täglich auf den Redaktionstisch legt, und man hat solche
pfeifenden Späßen in der Hand, so viel man haben will.
Beispiele? Aus der Ueberfülle nur einige.

Das holländische Blatt „De Christelijke Wijn-
verker“, das Organ des christlichen Bergarbeiterverban-
des in Holland (der härtesten holländischen Bergarbeiter-
organisation) nimmt mit sehr scharfen Worten gegen die
Ruhrbesetzung Stellung und höhnt über den „Frieden“,
der kein Frieden sei, weil bei den Franzosen der Haß so
groß ist, daß die Ueberwundenen immer weiter erniedrigt
werden sollen. Die Verträge seien diktiert, ohne daß
gefragt wurde, ob die Möglichkeit ihrer Durchführung ge-
geben sei. Im Ruhrgebiet, wo das soziale Leben zur
Entwicklung und zur Blüte gekommen sei, wie viele
holländische Arbeiter, die dort beschäftigt waren, aus
eigenem Erleben wüßten, ständen jetzt französische und bel-
gische Kanonen und Maschinengewehre bereit, als ob es
Krieg wäre. Weiter heißt es in dem holländischen Blatt:

„Der Bürgerkönig Poincaré raffelt jetzt mit seinem
Säbel. Er schlägt jetzt damit auf das erniedrigte
deutsche Volk, ohne an die Folgen zu denken. Ein Volk
wird erniedrigt, das doch nichts anderes getan hat, als
auch das französische Volk: das Vaterland verteidigt.
Sollen die deutschen Bergarbeiter unter fremder Herr-
schaft mit gleicher Liebe ihrer Tagesarbeit nachgehen,
wie das bei der Besetzung der Fall war, als sie meinten,
durch ihre Ueberarbeit dem deutschen Volk diese Er-
niedrigung ersparen zu können? Bei dieser Erniedrigung,
die die deutschen Kameraden im Ruhrgebiet empfinden,
bezeugen wir ihnen hier aus Holland unsere aufrichtige
Teilnahme. Damit verbinden wir unseren
Protest gegen die militärische Tat Frank-
reichs. Unseren deutschen Kameraden rufen wir zu:
Haltet Mut, so soll es nicht lange dauern!“

In der „Berliner Tagwacht“ schreibt National-
rat Grimm:

„Die Ereignisse im Ruhrgebiet föhren die schweige-
rige Außenpolitik. Die Zufahren werden eingestaut und
geperrt, der Export leidet unter dem fortwährenden Zu-

Das Wichtigste im Blatt:

Dollar = 12,500 poln. Mark
Frankreich plant die Bildung eines Kontinentalblocks.
Der Botschafterrat protestiert gegen Litauen in der
Memelfrage.

Grabstis Finanzplan vom Ministerrat angenommen.
Weitere Zwangsliquidierung deutscher Mittelgüter.
Neue Verhandlungen zwischen Polen und Danzig.
Hindenburg spricht.

Behorstellende Einführung von Standgerichten gegen
Schmuggler und Lebensmittelwucherer in Polen.
Streik der Straßen- und Zubrühner sowie der Zirkare
in Loda.

sammenbruch der Wäluen wie unter der gesteigerten Unsicherheit der Lage. Die politische Selbständigkeit wird beeinträchtigt durch die Machtpolitik der imperialistischen Staaten, der Frieden gefährdet durch den Wahnsinn der Rüstungen und die Anwendung militärischer Gewaltmittel, wo Vernunft und friedliche Verständigung zu ihren Rechten kommen sollten. Der Menschheitsgedanke wird sabotiert durch einen Chauvinismus, der unlösbar mit der militärischen Gewaltspolitik verbunden ist.

Der schweizerische Standpunkt ist danach klar und eindeutig. Er heißt energische Stellungnahme gegen ein Ereignis wie die Ruhrbesetzung, das die ökonomische Krise des Landes verschärft, dessen politische Selbständigkeit beeinträchtigt, die Friedenssicherung gefährdet und die Völkerverständigung untergräbt.

Die norwegische Presse nimmt mit seltener Einstimmigkeit gegen die französische Invasion in das Ruhrgebiet, die Mißbilligung und Besorgnis erweckt, Stellung. Besonders besorgt ist die Geschäftswelt darüber, daß die Franzosen nach drei Friedensjahren Unfrieden in Europa verbreiten und Unsicherheit in das Geschäftsleben bringen. Kennzeichnend dafür ist eine Äußerung des Vorsitzenden des norwegischen Rederbundes, des Direktors der norwegischen Amerika-Linie, Herrn Hennissen. Er erklärte: „Die norwegischen Reder begießen die Hoffnung, daß unsere Schifffahrt im neuen Jahre eine immerhin kleine Besserung erfahren sollte. Es bestand ein wenig Festigkeit auf den meisten Märkten, und Schiffsraum wurde allgemein begehrt. Aber leider hat die letzte Entwicklung dieses Bild völlig geändert. Die entschiedene Veränderung in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hat für die Schifffahrt eine vollständige Auflösung jeder Nachfrage nach Schiffsraum mit sich geführt.“

Bezeichnend ist, daß die norwegische Regierung und die norwegische Nationalversammlung von mehreren Seiten das Ersuchen erhalten haben, zum Protest gegen die französische Invasion an der Ruhr einzuschreiten. Die norwegische Gewerkschaftsorganisation hat sich an die schwedische und dänische Gewerkschaftsorganisation gewandt und einen gemeinsamen Protest gegen die französische Invasion vorgeschlagen. Der frühere Vorsitzende der norwegischen Arbeiterpartei, Ludwig Meyer, hat in „Social-Demokraten“ vorgeschlagen, daß man eine Blockade französischer Waren vornehmen solle, und die Hafenarbeiter zum Beispiel sich weigern sollten, Waren aus Frankreich zu löschen.

Aber nicht nur die neutralen Spägen pfeifen so. Das Lied der Ententespägen und der jetzigen ehemaligen Freunde der Ententespägen klingt sehr ähnlich.

Im Washingtoner Kongreß wurde von einem republikanischen Mitglied folgende Entschließung eingebracht, in der es heißt:

„Der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet ist eine Kriegshandlung gegen einen Dahinsinkenden und Wehrlosen.“

Die Entschließung weist darauf hin, daß der französische Einbruch ins Ruhrgebiet den deutsch-amerikanischen Handel in Getreide, Baumwolle usw. ernst höre und die Erzeugnisse der amerikanischen Farmerbevölkerung schädige. Diesen Handel zu schützen, hätten die Vereinigten Staaten ein Recht und eine Pflicht, ohne Rücksicht auf die durch den Einbruch ins Ruhrgebiet ausgeworfenen moralischen Fragen.

Und die englische Presse?

Die politische Wochenschrift „The Nation“ beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern in einem Artikel: „Der nächste große Krieg beginnt“ mit der Frage, ob etwa die englischen Truppen, die die britische Regierung in Köln beläßt, die Vorhut des britischen Expeditionskorps im nächsten großen Kriege sein sollen, und knüpfte daran die weitere Frage, auf welcher Seite denn die englischen Truppen stehen würden. In der nächsten Nummer der „Nation“ wird der Gedanke weitergesponnen. Unter der Überschrift: „Schluß mit dem neuen Kriege!“ wird angeführt, daß Frankreichs Ruhrinvasion eine Kriegshandlung war und, wenn Deutschland vorher nicht vollkommen entwaffnet worden wäre, zu einem ganz gewöhnlichen Wald- und Weidenkrieg geführt hätte. So aber bleibt den Deutschen nur die Methode des passiven Widerstandes, auf den die Franzosen mit Gewalt antworten:

„Die Zechenbesitzer leisten passiven Widerstand — sperrt sie ein! Die Eisenbahner leisten passiven Widerstand — sperrt sie ein! Die Bankbeamten desgleichen — sperrt sie ein! Die Arbeiter ebenso — hungert die Arbeiter aus! Die Bewohner von Bochum singen deutsche Lieder — schießt auf sie!“

Nunmehr erhebt sich die Frage, sagt die „Nation“, ob die britische Regierung einem derartigen Sachverhalt gegenüber eine für Frankreich „wohlwollende Neutralität“ einnehmen darf.

„Tatsächlich, wenn auch nicht dem Namen nach, unterstützen wir Frankreich in einem ungerechten Krieg, der für eine Zeitspanne Frankreich die Rheingrenze und die Kontrolle über Ruhrkohle und Eisen geben, jede Reparationszahlung oder Wiederaufrichtung des europäischen Handels aber unmöglich machen muß. Unter keinen Umständen darf die französische Sanktions-, Reparations- und Ausbürgerungspolitik auf dem von unseren Truppen besetzten Gebiet gebildet werden. Die Verhaftung von Beamten, die Beschlagnahme von Eigentum, die Ziehung einer Kolonie und der Transport französischer Truppen

oder beschlagnahmter Kohlenzüge muß sofort unterbunden werden.“

Aber noch auf einen zweiten Punkt wird in dem englischen Artikel hingewiesen:

„Die Generale an der Ruhr haben nicht so schnell und leicht wie sie erwarteten gesiegt. Sie sind hoffnungslos verstrickt, und die Möglichkeit einer Niederlage muß ins Auge gefaßt werden. So viel aber ist sicher, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, werden sie ihre Niederlage nicht früher anerkennen, als bis sie ganz Deutschland (und ganz Europa) in Trümmer gelegt haben. Diese Aussicht ist viel zu ernst, als daß sie der englischen Regierung eine Politik der reinen Passivität gestattete. Unsere Regierung sollte jede Gelegenheit zu einer Intervention ergreifen, um Frankreich einen Ausweg aus dieser jetzt auch von vielen Franzosen als schwierig erkannten Position zu eröffnen.“

Als solche Gelegenheit wird am Schluß des Artikels dann die Völkerbundversammlung bezeichnet, in der England den in Aussicht gestellten Antrag, die Reparations- und Ruhrfrage der Entscheidung des Völkerbundes zu unterbreiten, unterstützen oder selber einbringen sollte. Und es sei Frankreich klar zu machen, daß sein Widerstand gegen einen solchen Vorschlag die „wohlwollende Neutralität“ Englands in eine „endgültige Gegenerschaft“ verwandeln muß.

Und in Frankreich selbst?

Der Lyoner Stadtrat nahm mit einer Mehrheit folgende Resolution an:

„Überzeugt, daß die Politik, die zur militärischen Besetzung des Ruhrgebietes führte, durch einen republikanischen Willen hätte vermieden werden können, der die Entwicklung des Einvernehmens der Demokraten begünstigt hätte, protestieren die Stadträte von Lyon gegen einen Nationalismus, der es nicht gestattet, ein Einvernehmen zu suchen. Sie hegen den Wunsch, daß an die Stelle gewalttätiger Lösungen eine neue juristische Ordnung treten möge, und sie fordern, um die Reparationszahlungen zu erleichtern, daß ein wirtschaftlich, finanzielles Einvernehmen studiert werde, und daß die Lösung aller nationalen Konflikte, insbesondere jener, die sich aus der Liquidierung der Kriegsschulden zwischen den Staaten ergeben, dem Völkerbunde übergeben werde.“

In der Pariser Wochenschrift „Information“ wirft Herr Edouard Herriot, Oberbürgermeister von Lyon, ein in den Kreisen des französischen Handels und der französischen Industrie sehr angesehener Mann, die Fragen auf: „Wozu dient die Kontrolle des Ruhrbeckens und besonders Essens durch unsere Ingenieure? Weigt das, was wir bei diesem Vorgehen zu gewinnen haben, tatsächlich das auf, was wir dabei verlieren können?“

Seine Antwort lautet klipp und klar:

„Die Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet eine Isolierung Frankreichs, wenigstens für einige Zeit. Wird dieser schwere Nachteil durch erreichbare Vorteile aufgewogen?“

Es gibt keinen Weg, durch Nachdenken ein Problem zu lösen, dessen Lösung durch die verschiedensten Ereignisse verändert werden kann. In der ungewissen Lage in der wir uns heute befinden, möchte ich mich auf die trefflichen Aufsätze von W. Cambon berufen. Ich halte Cambon für einen guten Kenner der deutschen Fragen. Man hat noch keine Beschreibung der Ruhr und besonders der Stadt Essen in Erinnerung. Er hat wenigstens eine positive Kenntnis jener Gegend, die unsere Beamten zuweilen, wie Cambon uns das bewiesen hat, nur recht flüchtig sehen und beschreiben. Ich bemerke auch, daß dieser bedeutende Ingenieur zu denselben Schlüssen kommt, die bereits Darcac in seinem Geheimbericht für die Finanzkommission dargelegt hat. Der Handel im Ruhrgebiet, so führt Darcac aus, spielt sich zu drei Vierteln in Ruhrort unter den Augen unserer Besatzungstruppen ab. Wer den Rhein von Duisburg — Ruhrort in Besitz hat, ist Herr des Ruhrbeckens. Er vermag nach Belieben den Zugang und Austritt der Waren zu öffnen oder zu verschließen.

Von der Ruhrmündung aus, versichert Cambon, kann man einen Teil der Industrie jener Gegend überwachen. Dies macht er an einem schlagenden Beispiel deutlich. In Essen sagt er, findet man alles außer Hochöfen. Im Gegensatz dazu bringt gegenüber Duisburg bei Mülheim eine Reihe von Hochöfen 1000 000 Tonnen Metall hervor, d. h. die Hälfte der gegenwärtigen französischen Produktion, die man über den Rhein führt, um daraus in Essen Manufakturwaren zu machen. Also, „könnte eine einfache Abteilung Zollbeamter, die auf dem Fluße postiert werden müßten, rasch alle Erzeugnisse Essens anhalten.“

Nun, wenn eine Abteilung Zollbeamter genügt, warum ganze Regimenter dorthin legen? Ich stelle diese Frage nochmals mit Nachdruck, wie ich sie bereits gestellt habe. Warum eine tiefgehende Mißstimmung zwischen uns und den Vereinigten Staaten riskieren, einen dauernden Bruch mit England, wenn diese Lösung der Ruhrfrage uns nur das gibt, was wir bereits besitzen?

Wenn Cambon, Darcac und andere, die an Ort und Stelle die Frage studiert haben, im Rechte sind, frage ich mit allem Vorbehalt, der durch die Unklarheiten geboten wird: „Warum dies Ruhrabenteuer?“

Wenn in Holland, in der Schweiz, in Skandinavien, in Amerika, England und in — Frankreich (man darf wohl sagen: in der ganzen Welt, vielleicht mit Aus-

nahme Polens) Ruhrabenteuer aus wirtschaftlichen und aus moralischen Gründen verurteilt wird, braucht dann — so fragt das „Posener Tageblatt“ — wirklich die deutsche Presse in Polen einen „Winkel von oben“, um das Ruhrabenteuer als das zu bezeichnen, als was es in der ganzen Welt erkannt worden ist?

Die deutsche Presse bedarf keines Winkes, um zu erkennen, was die Wahrheit ist, und um zu wissen, was ihre Pflicht ist.

Bayern für eine Neuwahl des Reichspräsidenten?

München, 1. März. (Pat.) Der bayrische Landtag hat unter großem Tumult mit 74 gegen 54 Stimmen einen Antrag der Volksparteier angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf über die Wahl eines in parteilicher Hinsicht unabhängigen Präsidenten der Republik vorzulegen, der aus einer allgemeinen Abstimmung hervorgehen soll. (Ann. d. Schrift: Damit dieser Beschluß Rechtskraft erlangt, ist verfassungsgemäß eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich, was hier nicht der Fall war.)

Die Fremdherrschaft im Ruhrgebiet.

Bochum, 28. Februar. (Pat.) Heute wurden die Kasernen der hiesigen „grünen Polizei“ besetzt, wobei diese Polizei entwaffnet wurde. Es ist das eine Fortsetzung der Entwaffnung der Polizei, womit in Essen durch die Auflösung der dortigen Schutzpolizei begonnen wurde. Sobald diese Aktion in Bochum durchgeführt sein wird, werden die Besatzungsbehörden in mehreren anderen Ortschaften zu einer gleichen Aktion schreiten.

Koblenz, 1. März. (Pat.) Die interalliierten Kommissare führen in ihrer letzten Bekanntmachung die Strafen an, welche wegen Nichtbefolgung der Verordnungen der interalliierten Kommission einzuführt werden. So ist u. a. für Sabotageakte, die den Tod zur Folge haben können, die Todesstrafe vorgesehen.

Berlin, 28. Februar. (N. W.) Die internationale Rheinlandkommission hat Radel und Genossen die Einreisegenehmigung für das Rheinland verweigert.

Hindenburg spricht.

Hannover, 1. März. (Pat.) Hindenburg hielt auf dem hiesigen Agrarierkongreß eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Vergessen wir nicht, daß wir Deutsche sind. Wir werden solange kämpfen, als uns noch ein Säbel und eine Fahne in der Hand verbleiben. Es ist besser in Ehren zu sterben, als in Schande zu leben.“

Berlin, 1. März. (Pat.) Es wird über die Verhaftung von 4 jungen Nationalisten berichtet, die Anschläge auf eine Reihe hervorragender Sozialisten, darunter Loewe, vorbereitet hätten.

Parlamentsnachrichten.

Sessung vom 1. März.

Das Gesetz, welches den Ministerrat zur Aenderungen der im russischen Gesetz festgelegten Zahlungssummen bevollmächtigt, wird erneut der Kommission überwiesen und man schreitet zur Verhandlung über den Bericht der Finanzkommission zum Gesetz über den Ausgleich der Stempelsteuer und der Steuer von Erbschaften und Schenkungen.

Abg. Michailowski erstattet Bericht und erklärt, das Gesetz bezwecke die Bergförderung der Einnahmen des Fiskus.

Die Abg. Mierzejewski, Kozłowski (Chr. Dem.) Jarbstein (Jüdische Fraktion), Frossig (Süd. Fraktion), Wasimul (Ukrainer), Hupacemcz (Wyzwolenie), Podkoncki (Ukrainer), Butel (Wyzwolenie), Partglas (Jüd. Fraktion), Zulkowski und Pawłowski (P. S. Z.) beantragen verschiedene Verbesserungen, von denen 7 angenommen und die anderen abgelehnt werden. Das ganze Gesetz wird in zweiter Lesung angenommen.

Die Neuerung zum Gesetz über die Regelung der Verbrauchssteuer bezw. der Produktion, wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Man geht zum Gesetz von den Strafen, den Folgen der Verzögerung und den Vollzugskosten, über.

Berichterstatter Abg. Byrka (P. S. Z.) erklärt, das Gesetz bezwecke die Büden auszufüllen, die durch ein ähnliches Gesetz vom Juni 1921 entstanden seien.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die nächste Sitzung, für die das Exposé des Finanzministers Grabli vorgesehen ist, findet am Sonnabend statt.

Bilder vom polnisch-russischen Deutschtum.

Herr Pastor Engel nach seiner Heimat zurückgekehrt.

In der „Täglichen Volkszeitung“, St. Paul, Minn., vom 2. Januar finden wir folgenden Aufsatz, der unsere Leser denen Herr Pastor Engel ja kein Unbekannter ist, gewiß interessieren wird.

Herr Pastor Otto Engel aus Randolph, Wis., der fast ein volles Jahr als Missionar der Allgemeinen Evangelisch-lutherischen Synode von Wisconsin und anderen Staaten in Polen und den früheren Teilgebieten Russlands tätig gewesen, ist in die Heimat zurückgekehrt und schildert die Verhältnisse Europas in den schwärzesten Farben.

„Ganz Deutschland“, so berichtet Pastor Engel, „kaut auf Amerika als seinen besten Freund und hofft, daß Uncle Sam bald mit einer Geldleihe in die Bresche springen wird, um Europa vor einem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren. Für uns Amerikaner muß es eine Selbstverständlichkeit sein, Wunden heilen zu helfen, wo wir sie geschaffen, zumal da in den Herzen der Deutschen, trotz unserer Beteiligung am Kriege, nicht ein Hauch von Haß zu finden ist. Die Vereinigten Staaten sind dem Deutschen eben das Land des Dollars, der im Auslande so große Kaufkraft besitzt. Deutschland ist nicht sowohl auf England als auf Amerika angewiesen, und es steht zu erwarten, daß Amerika das Versprechen, daß es bei seinem Eintritt in den Krieg dem deutschen Volke gegeben, bald einlösen wird. Die Schuld Deutschlands am Kriege ist eine Propaganda-Frage, die England in der ganzen Welt verbreitet.“

Von all den Teilgebieten, die das heutige Neu-Polen ausmachen, hat Wolhynien am schlimmsten gelitten“, fuhr der Referent fort. „Die Stryk-Gebirgsgegend war Jahre lang Kampfgebiet. Streckenweit sind alle Gehölze vom Erdboden verschwunden, nur verschossene Obstbäume und die zerstörten Hiesel des Herdes lassen erkennen, daß hier einst blühende Niederlassungen bestanden. Die aus der russischen Verbannung zurückkehrenden Kolonisten sind gezwungen, Erbhütten zu errichten und dem mit Schlingengräben durchfurchten und mit Stachelstrauchverhauen bedeckten Boden das zum Leben nötige Brot abzurufen. In Ermangelung eines Pferdes muß die einzige Kuh den Zugdienst im Felde und auf der Straße besorgen. Ich habe hier mit Leuten gesprochen, die soeben aus dem Wolga-Gebiet zurückgekehrt waren und Menschenfleisch gegessen hatten. Das Brot ist aus Unkrautsamen, vermischt mit verhäuteten Knochen und Blut, gemacht. Leute, die sechs Jahre lang kein Schweinefleisch gegessen, sind keine Seltenheit. Viele von den Rückwanderern sterben eines elenden Todes auf der Straße oder in den Flüchtlingslagern an der russischen Grenze, Wladiwostok und Wilna. In Batanowitsch starben im letzten Winter 80 bis 100 Personen an einem Tage, meist an Typhus und an der Cholera. Es ist uns gelungen, die Wolga-Waisen-kinder über Strykowo und Frankfurt a. O. in die Bodenschwimmbäder zu bringen. Wie hilft man aber den Leuten, die dem Hungertode entgangen, in Wolhynien eine Existenz zu schaffen?“

Diese Frage wird von dem „American Relief Committee for Russia and Poland“, Randolph, Wis., dahin beantwortet: „Gemeinden und Vereine sollen es sich angelegen sein lassen, ganze Ortschaften wieder aufzubauen, z. B. Dubno mit Sterling 600. Man stelle Sterling 35 für den Pferde-Fonds in Aussicht; wer Sterling 20 schickt, schenkt einem Kolonisten eine Kuh; ein Schaf oder eine Ziege kostet Sterling 5. Haus und Stallung können mit Sterling 50 wieder hergestellt werden. Da das Getreide mit der Sichel geschnitten und mit dem

Flügel gedroschen wird, sollte man für die Beschaffung von Fels- und Gartengeräten sorgen.“

Pastor Engel wies hin auf die Umgestaltung der Kirche Kongress-Polens, wo eine Freikirche angekreuzt wird, bedient von amerikanischen Pastoren. Es haben sich über zwanzig junge Leute gemeldet, die im Seminar der Missouri-Synode in Berlin Ausbildung für das Predigtamt in Polen suchen. Ein weitgehender Aufklärungsdienst durch das Verbreiten guter lutherischer Literatur ist bereits in die Wege geleitet und man hofft, eine Anzahl Evangelisten ins Feld zu stellen, die die Leute in der lutherischen Lehre festigen sollen. Im kommenden Jahre wird voraussichtlich ein großer Teil der Kirche sich vom General-Superintendenten Dr. R. S. C. dem Polonisations-Bestrebungen und falsche Stellung zu den Bekenntnisschriften zur Last gelegt werden, lossagen; die Vereinigung mit den von amerikanischen Pastoren ins Leben gerufenen Freikirchen scheint sicher zu sein. Ein Pastor in Wolhynien bedient 48 Gemeinden mit über 40 000 Seelen; nicht weniger als 45 Pastoren sind zu stellen. Da der Ruf nach einer Freikirche tief im Volke gewurzelt ist, scheint Polen ein segensreiches Missionsfeld für die Synodalkonferenz Amerikas zu sein. Pastor Engel hat in den 11 Monaten seines Aufenthalts in Polen 120 Predigten und 140 Vorträge gehalten; innerhalb einer Woche hatte er es auf 14 Ansprachen gebracht und an einem Tage hatte er sechs verschiedene Predigten gehalten.

Pastor Engel ist gern bereit, Auskunft über Verhältnisse in Russland, Wolhynien, Galizien, Polnisch-Ober-Schlesien, Polnisch-Schlesien, Polnisch-Polen und Kongress-Polen zu erteilen und hofft, daß man ihm reichlich Gelegenheit geben wird, einen illustrierten Vortrag in recht vielen Städten und Landgemeinden des Nord- und Mittelwestens zu halten. Schicksal zur Linderung der Not in Russland und Polen sind, ausgeführt auf den American Relief Fund for Russia and Poland, und die Randolph State Bank, Randolph, Wis., zu schicken.

Lokales.

Bodz, den 2. März 1923.

bip. Der neue Wojewoda von Bodz Herr Rembowski wird kommenden Montag sein Amt antreten.

Zur Durchführung der Stadtverordnetenwahlen. Nächsten Montag begibt sich eine Abordnung des Magistrats für zwei Tage nach Warschau, um von der Regierung diejenigen Summen zu erhalten, die zur Durchführung der Wahlen und zur Deckung des Fehlbetrages des städtischen Haushalts, der durch die laufenden Ausgaben verursacht wurde, unbedingt nötig sind. Die Delegation wird auch an einer Konferenz im Eisenbahnministerium teilnehmen, um eine endgültige Lösung der Frage bezüglich des Vertrages zwischen der Bodzer elektrischen Straßenbahn und dem Magistrat herbeizuführen, von welchem Vertrag unter anderem die Einführung der Bestimmungen über die Altersversorgung der Straßenbahner abhängt. Leiter dieser Delegation wird Stadtpräsident Rzewski sein, dessen Amtstätigkeit während der Abwesenheit der Vizepräsident Dr. Warynski übernehmen wird.

bip. Im Zusammenhang mit den Ereignissen wie sie sich in der letzten Zeit auf dem Gebiete der Stadt Bodz ereignet haben, machte der Direktor des Selbstverwaltungsdepartaments beim Innenministerium Herr Wajsbrod folgende Erklärungen:

Schon seit längerer Zeit konnte die Bodzer Stadtverordnetenversammlung ihre Tätigkeit infolge der vielfachen Lücken, die sie aufzuweisen hatte, und auch infolge der Enthaltensamkeit des größten Teiles ihrer Mitglieder an

den Besuch der Sitzungen, nicht mehr in der gehörigen Weise ausüben. Diese Frage gestaltete sich umso brennender, als das Thema der Beratungen, die Aufnahme von Anleihen sein sollte. Ein derartiger Zustand konnte naturgemäß nicht lange anhalten und das Ministerium löste also die Stadtverordnetenversammlung auf. Die Wahlen zu der neuen Stadtverordnetenversammlung werden auf Grund neuer Listen gemäß dem gegenwärtigen Gesetz über die städtische Selbstverwaltung stattfinden, und ein Unterschied besteht nur darin, daß die Wahlen von Wojewoden ausgeschrieben werden, und nicht, wie es im vorherigen Dekret gesagt war, vom Innenminister. Ebenso ist auch die Wojewodenschaft über sämtliche Wahlarbeiten die Aufsicht aus, und zwar durch die Hauptwahlkommission. Die Wahlen trägt die Gemeinde. Was die Denkschrift des Bodzer Magistrats um Anweisung von 431 Millionen Mark für Durchführung der Wahlen anbelangt, so hat in dieser Angelegenheit der Finanzminister die entscheidende Stimme, da aber diese Ausgabe eine unvermeidliche ist, so wird diese Frage höchstwahrscheinlich im günstigen Sinne entschieden werden. Die Amtsbauer des neuen Stadtrats läßt sich schwer angeben, da es sehr leicht möglich ist, daß die in nächster Zeit gewählte Stadtverordnetenversammlung auch weiterhin bestehen bleibt, selbst wenn ein neues Gesetz über die städtische Selbstverwaltung beschlossen werden sollte. Im allgemeinen erwartet das Ministerium angesichts der Kritik, der die bisherigen Selbstverwaltungsbehörden ausgesetzt waren, seitens der Bevölkerung von Bodz ein reges Interesse für die gegenwärtigen Wahlen.

Bei einer guten Wirtschaft müßte die finanzielle Lage Bodz's besser als die anderer Städte sein. Die Klagen der Bodzer Selbstverwaltung über die Einschränkung der Einnahmequellen waren nicht immer gerecht, da es doch Pflicht des Ministeriums ist, auf eine entsprechende Besteuerung der Einwohner zu achten. In einer gebührenden Entwicklung der Städte müßten auch die Einwohner derselben beitragen. An dem neuen Gesetz über die Selbstverwaltung arbeitet die Verwaltungskommission an Hand von Material, das ihr vom Selbstverwaltungsdepartament zugeht. Die weitere Umgestaltung der städtischen Behörden wird gleichfalls nach Beendigung der entsprechenden Gesetze in nächster Zukunft eintreten.

Sosnowice befindet sich in einer ähnlichen Lage wie Bodz mit dem Unterschied jedoch, daß die dortige Stadtverordnetenversammlung, obgleich gleichfalls unvollständig, infolgedessen weiterarbeitet und mithin Neuwahlen vorberhand nicht vorgesehen sind.

Der Direktor erklärte, daß die Arbeit zur Sanierung der Selbstverwaltung im Gange und eine bedeutende Besserung in Kürze zu erwarten sei.

Aus dem Magistrat. Der Direktor der Hauptverwaltung des Bodzer Magistrats, Herr Pilcer, hat infolge einer Krankheit und auf Grund einer von der Krankenkasse abgegebenen Erklärung einen zweimonatigen Urlaub erhalten. Mit seiner Vertretung ist Dr. Grynberg, Schöffe der Steuerabteilung, betraut worden.

Die Einkommensteuer. Am 28. Februar fand eine Sitzung der städtischen Kommission zur Berechnung der städtischen Einkommensteuer statt. In der Sitzung wurden 280 Angelegenheiten einer Durchsicht unterzogen und insgesamt etwa 120 Millionen Mark Steuern aufgelegt. Unter anderem wurde auch die Besteuerung der Ärzte berührt. Die Sitzung der Verwaltungskommission wird morgen stattfinden. Dem Präsidium der Steuerberechnungskommission gehörten bisher Stadtpräsident Rzewski, Magistratschöffe Radzian und Direktor Pilcer an. Da die beiden letzten Herren gezwungen sind, dieses Amt aufzugeben, beantragte der Magistrat bei den Zentralbehörden die Ernennung von neuen Mitgliedern, um einer Hemmung der Kommissionsarbeit vorzubeugen.

bip. Auf Verordnung des Finanzministers wurde

Janakismus, Unwissenheit und Herkommen, löst eure Gifte, schmelzt eure Ketten, schärft eure Sinne, zündet eure Seelen an, ruft alle Straßen der Welt zu eurer Hilfe herbei; verachtet es, die Wahrheit unter Blut und Tränen zu erkunden: und sie bewegt sich doch! Jules Verne.

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

83. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der junge Mann blickte sich in dem ganzen Raume prüfend um, dann trat er vor die Gemälde mit den Bildern und betrachtete sie schweigend, gründlich.

Die Künstlerin verharrte neben dem brodelnden Kessel. In ihr war eine schwere Niedergeschlagenheit, eine tiefe Enttäuschung. Susanne fragte sich selbst in diesen stillen Minuten, was sie erwartet habe. Aber ihr war, als hätte diese harmonische Persönlichkeit, als hätten seine Briefe sie seit langer Zeit gänzlich ausgefüllt. Und nun klappte da eine Lücke! — Nun schmerzte da etwas, so, daß sie am liebsten geweint hätte.

Mit kalten Fingern goß sie den Tee-Extrakt in die zarten Porzellankannen und füllte das kochende Wasser nach. „Kommen Sie, Doktor!“ befahl sie endlich.

Langsam kehrte er sich von den Gemälden ab und näherte sich ihr. Dann hob er ihr beide Hände entgegen, in die sie die ihren legen mußte. „Fräulein Meinhard, ich möchte Ihre große Kunst nicht durch ein Laienurteil entweißen. Das verbietet mir die Achtung vor solchem Schaffen. Ich danke Ihnen, weil ich Ihre Bilder ganz so fand, wie ich es erwartet hatte.“ Wieder neigte er sich und küßte die kalten Finger.

„Nun setzen wir uns endlich,“ sagte Susanne un- sicher und setzte sich ihm gegenüber nieder. Während sie

ihm Zucker, Milch, Rum und Zitronenscheiben auf einem Anrichtebrett zureichte, erfreuten sich ihre Künstleraugen an seinem Kopfe, der sich prächtig von der tiefdunklen Einfassung des Lehnens-Rahmens und dem blauen Violett des Polsters abhob. „Bedienen Sie sich!“

„Heimatsluft. Ich bin wie zu Hause!“ murmelte er und griff zu.

In dem Mädchen wogten unklare Gefühle. „Sie werden nun endlich Wurzeln schlagen. Sie Weltumsegler? Erzählen Sie mir von Ihren letzten Fahrten.“

„Ich habe Ihnen ja alles geschrieben,“ wich Hoerne aus.

„Allerdings, ich hätte Ihre entzückenden Schilderungen am liebsten drucken lassen,“ sagte sie. „Also was haben Sie vor?“

„Wissen Sie, wie ich einmal zu Ihnen sagen möchte?“

„Nein!“

„Schwester Susanne!“ meinte er leise und innig.

„Ich habe wenig Talent zur Schwester,“ widersprach sie gereizt.

Er schüttelte den Kopf. „Das weiß ich besser, Fräulein Meinhard! Und darum wage ich es, Sie zu bitten. Geben Sie mir endlich Klarheit! Erzählen Sie mir endlich, was für eine Bewandnis es mit Gertrud hat.“

In den Augen des Mädchens flackerte es plötzlich sonderbar. Sie stellte die Tasse hin. „Gut, Sie sollen alles erfahren, Doktor! — Aber — — —“

„Aber?“

„Verwechseln Sie nachher nicht die Botschaft mit dem Boten!“

Und sie erzählte alles, klar, kalt, rückhaltlos. — Als Doktor Hoerne sich nach fast zwei Stunden entfernte, war seine frische Gesichtsfarbe merklich fahl. Seine Züge hatten etwas Müdes. Seine Haltung war

weniger straff. Obgleich sie längst eine Unterhaltung gepflogen, die das Persönliche ausschaltete, wirkte das Ver-nommene überwältigend stark in ihm nach.

Susanne, zuerst gehoben in einem gewissen, grausamen Lustgefühl, fühlte es, und das Gute in ihr siegte. „Habe ich Ihnen Ihr Heiligenbild beschmutzt?“ fragte sie beim Abschied.

Er sah sie in tiefem Ernste an. „Nein! Aber es ist mir, als müßte ich eine weite Wallfahrt machen, um es wiederzufinden. Ich ahnte nicht, daß mir sein Besitz bestritten wird! — Ich konnte ja nicht vermuten, daß — — und an wen eine Gertrud Meinhard ihr reines Herz verloren hat. — Alles ist ja so ganz anders! Ich muß erst Klarheit suchen, mit mir ins Reine kommen!“ Und er neigte sich und küßte mit kalten Lippen ihre jetzt glühende Hand.

Achtzehntes Kapitel.

Dorothea Neumann hatte sich zur Besprechung einer Berufsangelegenheit bei Eva Wiesener in Siedlitz zu Besuch angelangt. Nachdem beide Damen mit ihrer sachlichen Erörterung zu Ende gekommen waren, begaben sie sich auf den Erker, in dem der Kaffeetisch gedeckt war.

Die schlanke Eva, deren herb und hager gewordenen Zügen man noch den früheren Reiz anah, holte aus der kleinen Küche das dampfende Getränk und schenkte die Tassen voll.

„Sie müssen schon entschuldigen,“ sagte sie, „wenn ich selbst für alles Sorge. Meine Aufwärterin kann nachmittags nicht kommen. So bin ich ganz auf meine eigene Kraft, die wirtschaftlich nicht weit reicht, angewiesen.“

(Fortsetzung folgt).

der Termin zur Erklärung des Einkommens und Entziehung der Hälfte des Steuerbetrags bis zum 20. März verlängert, da der Entwurf der Novelle zum Gesetz über die Einkommensteuer noch nicht bestätigt wurde. Die geplante Novelle wird die Steuerstufen dahin ändern, daß der Besteuerung ein Jahreseinkommen von 2 Millionen Mark ab unterliegen wird, während die bisherige Besteuerung bei einem Jahreseinkommen von 180 000 Mark einsetzte. Die Verlängerung des Termins soll es ermöglichen, die Steuern laut der neuen Besteuerungsstufen einzuziehen.

Die Kontrollversammlungen und Übungen. Auf eine Anfrage bezüglich der Kontrollversammlungen der Jahrgänge 1883—1899 wurde im Kriegsministerium geantwortet, daß diese Versammlungen in gewissen Zeiträumen wiederkehren, nur einmal im Jahre stattfinden und mehrere Stunden dauern werden. In dieser Zeit werden diejenigen Personen, die im polnischen Heere noch nicht gedient haben, von einer militärischen Untersuchungskommission gemustert werden, die früheren Soldaten werden nur reaktiviert und erhalten neue Militärapapiere, worauf alle über ihre Tüchtigkeit im Heeresdienst bezeugt werden. Entgegen allen bisherigen Bescheinigungen, laut denen die Studenten der Jahrgänge 1897—1899 mitmachen sollten, der Übungstermin also nicht aufgeschoben werden sollte, wird jetzt berichtet, daß diese Versammlung zurückgezogen worden sei und den Studenten die Möglichkeit geboten wird, den Dienst im Sommer während der Ferien zu erfüllen, sofern sie in dieser Hinsicht ein besonderes Gesuch bis zum 5. März dem Kreisergänzungs-Kommando (P. R. U.) einreichen. Diesem Gesuch muß eine Bescheinigung des Befehls der Fakultät beigegeben sein. Dies bezieht sich nur auf Soldaten der Reserve. Für die Reserveoffiziere wird in den nächsten Tagen ein besonderer Befehl herausgegeben werden.

Vom städtischen Wohnungssamt. Für die Zuerkennung von requirierten Wohnungen gingen der städtischen Hauptkasse 778 834 80 Mk. an. Das am 25. Mai 1922 aufgelöste Wohnungsbauamt wies im ganzen 2866 Personen Wohnungen sowie Badräume, davon 1897 hiesigen und 969 zugeteilten Personen, zu. Auf Grund des vorliegenden Gesetzes wurden in der Zeit vom 27. November 1919 bis 1. Juli 1922 im ganzen 319 Wohnungen requiriert. Im Zeitraum vom 4. April 1922 bis 31. Dezember 1922 wurde in 269 Fällen die Erlaubnis zu Vergütung von Wohnungen erteilt, 97 Wohnungen zu Vergütung von Wohnungen erteilt, 97 Wohnungen zu Vergütung von Wohnungen erteilt. Ueber die Tätigkeit der Wohnungsinspektion macht der Magistrat folgende Angaben: ausgeräumt wurden 7 Wohnungen, die Feuchtigkeit wurde aus 11 Wohnungen entfernt; Beleuchtungsrichtungen wurden in 4 Wohnungen geschaffen; aufgeschüttet wurden 14 Wohnungen; die gesundheitlichen Verhältnisse wurden in 14 Wohnungen gebessert; umgebaut wurden 292 Wohnungen und verschiedene Verbesserungen wurden in 238 Wohnungen vorgenommen. Das Schiedsamt für Mietfragen hielt 139 Sitzungen ab, in denen über 3903 Angelegenheiten entschieden wurde. Von den zur Entscheidung eingegangenen Gesuchen wurden 632 von Hausbesitzern und 3287 von Mietern eingereicht. Das Wohnungssamt setzte die Zuschlaggebühren in folgender Weise fest: Für das 1. Quartier 400 Prozent, für das 2. — 500 Prozent, für das 3. — 1000 Prozent, für das 4. — 1500 Prozent vom Mietsatz, der gegenwärtig verpfändet.

bip. Die Bodger Ärzte gegen die Aufhebung des Gesundheitsministeriums. Die Verwaltung der Bodger Ärztkammer wandte sich an den Ministerpräsidenten, den Sejm sowie den Senatsmarschall mit einem Schreiben, worin sie gegen die Aufhebung des Ministeriums für öffentliche Gesundheit Einspruch erhebt. In diesem Schreiben wird betont, daß ansehnlich der so

besagten wertvollen gesundheitlichen Verhältnisse nur ein selbständiges Ministerium für öffentliche Gesundheit eine wirksame Arbeit entfalten könne.

Wegen Zurückhaltung ihrer Kinder vom Schulunterricht verhängt im Laufe der Woche vom 19.—21. Februar 1 Person eine 5 tägige und 1 Person eine 3 tägige Haft.

Die zweite Passionsvesper. Uns wird geschrieben: Heute findet abends 8 Uhr die zweite Passionsvesper in der St. Johanniskirche statt. Der Kirchengesangsverein „Zoor“ singt unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Lunka: a) „Heilige Wunden jener Stunden“ von D. Hortnast, b) Fr. Stiller „Schau hin nach Golgatha“. Außerdem singen: Fr. Samann (Alt): „Der Herr vergißt die Seinen nicht“ aus „Paulus“, Mendelssohn Barltoldy; Herr Kerger (Tenor) „Lamm Gottes“ von W. A. Mozart; Herr Weibach (Bass) „Das Leidensstadium“ von Paul Hermann. Im Mittelpunkt der Wortverkündigung steht das zweite und dritte Wort Jesu am Kreuz. Das völlig freiwillige Opfer ist für den Weiterbau der St. Matthäuskirche bestimmt. — Bei der ersten Vesper war das Gotteshaus überfüllt. Möchte dies auch bei allen anderen Passionsvespern der Fall sein.

Aus dem Rechenschaftsbericht der städtischen Abteilung für öffentliche Fürsorge für das verfloßene Jahr entnehmen wir, daß der Magistrat nach Zählung im Februar 15, im Mai 9, im Juni 13, im August 5, im September 9 und im Dezember 5 Kinder gesandt hat; nach Rakla im Mai 60, im Juli 55 und im August 41 Kinder; nach Buss im Mai 25, im Juli 10 und im August 10 Kinder; nach Wittowice im September 23 Kinder. Diese nützliche Aktion, die viele der ärmsten Kinder zur körperlichen Gesundung führt, wird vom Magistrat auch in diesem Jahre fortgesetzt werden.

Neue Zonenabteilung der Zufuhrbahnen. Auf Betreiben des Magistrats wurde von der Direktion der Zufuhrbahnen die Einteilung der Strecken in folgender Weise geändert: Auf der Linie Bodz. Alexandrow wurde in 2 Km. Entfernung eine neue Haltestelle (Bühle) geschaffen; auf der Linie Bodz. Konstantynow in 3 Km. Entfernung; auf der Strecke Bodz. Pabianice in 2 Km. Entfernung („Sienkiewiczowa“). Auf der Linie Bodz. Gierz bestand schon ehemals eine 2 Km. Strecke nach Julianow. Diese Neuveran in der Streckeneinteilung der Zufuhrbahn wurde von der Bevölkerung der Umgebung freudig begrüßt. Die Fahrkartenpreise für die verkürzten Strecken werden eine entsprechende Verminderung erfahren.

Standgerichte gegen Schmuggler und Wucherer. Der Ministerrat übertrug in der Sitzung vom 28. Februar dem Justizminister die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes bezüglich der Einleitung von standgerichtlichen Verfahren gegen Schmuggler sowie Wucherer, die die Verbergung von Artikeln des ersten Bedarfs und ihre Zurückhaltung vom Verkauf betreffen.

bip. Der Kampf mit der Temernung. Der Besitzer des Fleischladens in der Subnatorstraße 26, Gieslaw Japendowski, wurde zur Veranlassung gezogen, weil er in dem städtischen Schlachthaus Schweine zu Wucherpreisen verkaufte.

ab. Wegen Wuchers wurden zur Verantwortung gezogen: Bloch Golsa, Gräner Ring 9, Jelskaja A., Kamienka 3, Rakla Frajba, Zielona 41 und Kurzer Hanna, Rakonia 43.

Die Tabakhändler gegen den Tabakwucher. Die von den Tabakkleinhändlern zur Regelung der Verhältnisse im Tabakhandel unternommene Aktion erweist immer weitere Kreise. Auf der letzten Versammlung aller Tabakhändler wurde eine aus acht Personen bestehende Kommission gewählt, deren Aufgabe es sein wird, eine genaue Kontrolle über den Tabakhandel auszuüben und die Preise im Großverkauf zu regeln. Die Kleinhändler saßen den Beschlüssen

von den Großhändlern keine Ware zu kaufen, sobald sie höhere als die Nennpreise verlangen. Zum Zwecke der Organisation einer Gesundheitsaktion im ganzen Reiche soll demnächst eine Tagung der Tabakhändler aus dem ganzen Reiche einberufen werden.

Wenn diese lobenswerte Aktion der Tabakhändler Anerkennung verdient, so muß andererseits doch aufs schärfste die Handlungsweise gewisser Kaufleute verurteilt werden, die unter dem Schein von Nuanschaffungen ihre Läden schließen, um die Waren bis zur Preissteigerung zurückhalten zu können.

bip. Streik der Straßen- und Zufuhrbahner. Da die vorgesehene beim Arbeitsinspektor zum 4. der Direktion und den Angestellten der Bodger Elektrischen Straßenbahnen stattgefundene Konferenz ergebnislos verlief, hat der Wojewode Dr. Garapich auf Veranlassung des Arbeitsinspektors eine zweite Konferenz einberufen, an der Regierungskommissar Tyczycki, Direktor Ring, Arbeitsinspektor Wojtkiewicz und der Direktor der Zufuhrbahnen Hoffmann teilnahmen. Auf die Versuche der Behörden, die Vertreter der Straßenbahnen zur Nachgiebigkeit zu bewegen, antwortete Direktor Ring, daß die Direktion der Bodger Straßenbahn nicht mehr als 30 Prozent zulegen könne, während die Direktion der Zufuhrbahnen anstelle der auf Grund der Angaben der statistischen Kommission in der Industrie geforderten 61 Prozent Lohnerhöhung nur 40 gewähren könne. Nach längerer Aussprache ging die Konferenz ergebnislos auseinander. Auf die Nachricht hin, daß die Direktionen auf weitere Zugeständnisse nicht eingingen, sind beschlossen die Verwaltungen beider Fachverbände der Angestellten auf einer gemeinsamen Konferenz in den Ausstand zu treten. Um 4 Uhr nachmittags begannen die Straßenbahner die Wagen in das Depot zu bringen.

bip. Streik der Friseur. Die Friseurgehilfen, die eine 55 prozentige Lohnerhöhung forderten, sind wegen Nichtberücksichtigung ihrer Forderung in den Ausstand getreten.

bip. Lohnbewegung. Mit Rücksicht darauf, daß der Verband der Hotelbesitzer sich aufgelöst hat, ist auch der Vertrag zwischen ihm und den Hotelbediensteten für ungültig erklärt worden, der für letzte gleiche Tene rungszulagen wie in der Textilindustrie vorgesehen hat. Da die Hotelbediensteten aber weiter auf den Vertrag bestehen und eine 61prozentige Lohnerhöhung fordern, wandten sie sich an den Arbeitsinspektor um Einberufung einer diesbezüglichen Konferenz mit den Hotelbesitzern.

bip. Die zu den Verbänden gehörenden Industriellen haben Rundschreiben bezüglich der Kündigung des Vertrages vom 18. November v. J. erhalten, in denen daran erinnert wird, daß die letzte 61proz. Lohnerhöhung sich nur auf die Arbeiterlöhne bezieht, nicht aber auf die Gehälter des Büropersonals und der Meister.

Flugpost. Das Ministerium für Post- und Telegraphenwesen gibt bekannt, daß am 16. Februar die Flugpostverbindung auf den Linien Warschau—Prag—Straßburg—Paris und Warschau—Wien—Budapest wieder aufgenommen worden ist. Die Flugzeuge verlassen Warschau Dienstags, Donnerstags und Sonnabends um 10 Uhr vormittags und treffen am Mittwoch, Freitag und Sonntag um 3 Uhr nachm. in Warschau ein. Die Zuschlaggebühr für die Beförderung einer Sendung im Flugzeug kommt der Beförderung bei gleichem Gewicht gleich. So kostet beispielsweise ein eingeschriebener Brief nach Prag oder Budapest von 35 Gramm Gewicht 3100 Mark und nach

Dornen und Disteln.

Aus Moskau wird gemeldet: Die Sowjetregierung hat die Erzeugung und den Vertrieb von Weizen- und Rauterbranntwein von nicht über 20 Grad Stärke gestattet und zugleich ein Herstellungsmonopol zu Gunsten des staatlichen Spiritustruktes eingeführt. Damit dürfte der erste Schritt zur Wiedereinführung des staatlichen Branntweinmonopols getan sein. Mit Hinweis auf die um sich greifende Trunksucht und die allgemein verbreitete illegale Schnapsbrennerei, die den Brennern hohe Gewinne einbringt, wird ein staatliches Branntweinmonopol von gewissen Regierungskreisen seit längerer Zeit als radikales Mittel zur Hebung der Staatseinnahmen befürwortet.

Es bestätigt sich eben auch in Moskau die alte, leider noch immer überall gültige Wahrheit: Geld stinkt nicht! Selbst dann nicht, wenn an ihm der Fäulnisgeruch haftet...

Das Bezirksgericht Wilmsdorf-Berlin hat jetzt aus den niederträchtigen Diebereien und Betrümmungen des Gänsefischbrennens und des Verklüppers die einzig richtige, wenn auch für die Bevölkerung und das Stadtbild außerordentlich trübe Folgerung gezogen; es hat beschlossen; alle im Verwaltungsbereich Wilmsdorf noch auf öffentlichen Plätzen und Anlagen vorhandenen Bronzedenkmäler an sicherem Ort aufzubewahren. In den nächsten Tagen sollen die Denkmäler abmontiert werden. Der Gänsefischbrennen und die Verklüpper sind, soweit die Diebe davon übrig gelassen haben, bereits von den Sodalen verschwunden. Der Speerwerfer am Seepark, die Holländische Kindergruppe auf dem Brabanter Platz und der Stijlaniische

Fischerlnabe im Park des Neuen Stadthauses werden in den nächsten Tagen folgen. Das gleiche Schicksal sollen die beiden bronzernen Standbilder Kaiser Wilhelm I. in der Wilhelmsaue in Wilmsdorf und in Schmargendorf und die Blumarchibüste im Grunewald haben.

Der „Vörsencourier“ schreibt dazu: Es ist eine tief beschämende Angelegenheit — tief beschämend für alle wegen der gesunkenen Moral, dann aber auch für die Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Wer will sich noch über lächerliche Kleinigkeiten wie Rauschüberfälle u. dgl. wundern, wenn es nicht einmal möglich ist, feststehende große und schwerwichtige Denkmäler zu schützen!

Die Flucht der Denkmäler vor den Metalldieben — das ist gewiß das beschämendste Zeichen der Zeit, in der wir leben!

Daß wir uns in einer Gründungsperiode unter weitgehender Verwendung der Aktienform befinden, zeigt folgende Eintragung im Berliner Handelsregister:

Unter der Bezeichnung eines Instituts für Familienfürsorge in Berlin ist eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist u. a.: 1. Die Gesellschaft übernimmt es, durch Aussetzung eines Zinslosen Kredits dahin zu wirken, daß verlorene gegangene Schlüsseln wieder in den Besitz der Verlierer, welche Abonnenten der Gesellschaft sind, gelangen; 2. Die Gesellschaft übernimmt es, für ihre Abonnenten, falls verlorene gegangene Schlüsseln binnen 8 Stunden nach Verlustanzeige nicht wieder in den Besitz der Verlierer zurückgebracht werden, Reparaturen und Umarbeitungen an den zu den verlorenen Schlüsseln gehörigen Schlössern vornehmen zu lassen

bis zu einer im Abonnementvertrage festgesetzten Höhe usw. usw.

Nun kann den Berlinern nichts mehr passieren!

Der Wiener Kardinal Erzbischof Bissi erläßt einen Fassen-Girtenbrief, in welchem er in scharfer Weise gegen das Wiener Krematorium und die Leichenverbrennung Stellung nimmt. Er erklärt:

Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß die Bestimmungen, die ich vor wenigen Tagen bezüglich der Verweigerung der kirchlichen Einsegnung jener Verstorbenen, die die Leichenverbrennung testamentarisch verfügt haben, ungleich strenger seien als in anderen Ländern, in welchen die Leichenverbrennung schon längst bestünde. Dieser Vorwurf ist unberechtigt, weil jene Verfügungen sich inhaltlich ganz mit den Entscheidungen des apostolischen Stuhls decken. Die Leichenverbrennung in der Kreuzzeit wird von Anfang an von Religions- und Kirchenfeinden propagiert, bis als auf den heutigen Tag die Vorläufer der Leichenverbrennung waren. Hinter allen sanitären Methoden und wirtschaftlichen Gründen, die man für die Verbrennung ins Treffen führt, verbirgt sich nicht nur der Haß des modernen Geistes gegen den christlichen Glauben, man glaubt auch den alten Glauben an die Auferstehung und das ewige Jenseits durch die gewaltsame und reißende Zerstörung des christlichen Leibes erschüttern und vernichten zu können. Die christliche Kirche wehrt sich deshalb gegen die Leichenverbrennung und weiß sich hierin eins mit den gläubigen Protestanten und Juden.

Armer Piff! Wie schwach muß dein Glaube an Gott, den du predigst, sein, daß du ihm nicht zutraust, auch Tote auferstehen lassen zu können, die nicht verwest, sondern verbrannt sind!

Paris oder Wien 3500 Mark. Von der Flugpost zu befördernde Sendungen können nicht nur nach der Tschechoslowakei, Desterreich, Ungarn und Frankreich, sondern auch nach anderen Ländern aufgegeben werden. In solchem Falle bemerkt der Absender in der Anschrift, nach welcher der 5 angeführten Städte die Sendung durch die Flugpost zu bringen sei.

Banken als Lebensmittelwucherer. Zu der Mitteilung, dass unter dieser Epithete wird uns von der Bank Związek Spółek Żarobkowych geschrieben: „Zu W und des Art. 22 der Preßgesetz vom 7. Februar 1919 bitten wir um die Wiedereinsetzung der in der Nr. 50 der „Lodzer Freien Presse“ vom 28. Februar veröffentlichten Nachricht, wonach unsere Bank Lebensmitteln zu Wucherpreisen aufbewahren solle. Die Bank Związek Spółek Żarobkowych handelt nicht nur nicht mit Lebensmittelfaktoren, sondern lombardiert sie auch nicht einmal, sondern von einer Aufbewahrung von Lebensmitteln in den Lagerräumen des Bahnhofes zu Wucherpreisen durch unsere Bank nicht die Rede sein kann.“

bip. Vier Jahre Zuchthaus für eine Mörderin ihres Kindes. Dieser Tage hatte sich eine gewisse Helena Siera vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Sie war angeklagt, ihr Kind ermordet zu haben. Die Leiche des Kindes wurde durch Zufall in der Kasse des Hauses Bierska 5 gefunden. Die Siera wurde sofort als Mörderin dieses Kindes angenommen und dem Gericht übergeben. Vor dem Bezirksgericht bekannte sich die Angeklagte schuldend. Sie sei in einer Kohnzube beschäftigt gewesen und habe dort einen Arbeiter, dessen Name ihr nicht bekannt sei (!), kennen gelernt, mit dem sie sich in ein Liebesverhältnis einließ, das nicht ohne Folgen bleiben sollte. Erst später habe sie erfahren, daß der Vater ihres Kindes bereits verheiratet sei. Sie sei darauf nach Lodz gekommen. Nachdem ihr eine hier gefundene Stellung wieder gekündigt worden war, habe sie keinen anderen Ausweg aus ihrer verzweiferten Lage gesehen, als den, ihr Kind zu töten. Das Gericht verurteilte Helena Siera zu vier Jahren Zuchthaus und Verlust der Rechte.

bip. 1½ Jahre Zuchthaus für einen Kommunisten. Das Gericht verurteilte den Kommunisten Stanisław Solowski wegen staatsfeindlicher Umtriebe zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

bip. Wegen eigenmächtiger Aneignung eines Fensterpostens verurteilte das Friedensgericht des 2. Bezirks den Besitzer des Hauses Kamrat 93, Frenkel, zu 2 Monaten bedingungsloser Haft.

bip. Ferienarbeit. Die staatliche Textilfabrik mandte sich an die Verbände der Industriellen mit der Bitte, ihren Schülern während der Sommerferien eine zweimonatliche Arbeit auszuweisen. Die Verbände haben in dieser Angelegenheit einen zusagehenden Standpunkt eingenommen und sich mit einem diesbezüglichen Rundschreiben an ihre Mitglieder gewandt.

Personliches. In Lodz weilt augenblicklich der bekannte Engländer Dr. Starkevicz aus Dombrowa. Der Aufenthalt Dr. Starkevicz in Lodz bezweckt die Beschaffung von Mitteln zur Beendigung des Baus eines Genesungshomes für kranke Kinder in Buzl.

Am Sonnabend Mondfinsternis. Sonnabend, den 3. März, findet eine teilweise Mondfinsternis statt. Im Höhepunkt der Phase wird ungefähr der dritte Teil der Mondscheibe verfinstert sein (Phase 0,37). Der Uebergang in den Halbschatten erfolgt um 2 Uhr 13 Min. nachts, in den Schatten — um 3 Uhr 28 Min. Die Mitte der Verfinsternung ist um 4 Uhr 32 Min. Der Austritt aus dem Schatten findet um 5 Uhr 36 Min., der aus dem Halbschatten um 6 Uhr 51 Min. statt.

bip. Wohnungswucherer. Der Besitzer des Hauses Kiliński 109, Maciej Rogdowski, vermittelte eine

Wohnung zum Preise von 8 500 000 Mark. Nachdem die Summe bezahlt worden war und der Mieter von der Wohnung Besitz ergreifen wollte, erklärte ihm Rogdowski, daß er die Wohnung nicht abgeben könne, da die vereinbarte Summe zu niedrig sei. Angesichts dessen wurde die Polizei benachrichtigt, die die Angelegenheit dem Gericht übergab. In der Batonińskastraße 30 verlangte ein Mieter von seinem Untermieter Jizael Friedenson 15 000 Mark täglich. Da Friedenson diese Summe nicht bezahlen konnte, verweigerte ihn der Wohnungsbesitzer den Einlass. Die davon benachrichtigte Polizei legte den Untermieter wieder in seine Rechte ein und zog den Wohnungswucherer zur Verantwortung.

Neue Erbschaften. Die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen wurde in Polen schon wiederholt geändert. Das erste Gesetz vom 29. März 1920 wurde durch das Gesetz vom 31. Mai 1922 abgelöst. Die Steuern sind, wie die Einkommensteuer, progressiv. Aber die Absicht des Gesetzgebers, die größeren Vermögen mehr zu belasten, wurde durch das Sinken der polnischen Mark vereitelt. Im Mai 1920 war der Betrag von 20 Millionen schon so hoch, daß der Gesetzgeber das als genügend hohe Grenze für die Progression angesehen hat und daher keine höheren Sätze einführte. Seitdem haben sich die Verhältnisse aber sehr geändert. Heute zählt ein 20-Millionenvermögen nicht einmal zu den mittleren Vermögen, und Milliardenvermögen sind keine Seltenheit mehr. Das Gesetz vom 31. März 1922 beschließt die Progression bei 100 Millionen. Das dem Sejm unlängst vorgelegte Gesetz über „die Ausgleichung der Stempelgebühren“ und „über Erbschaften und Steuern von Schenkungen“ geht noch weiter, denn in ihm endet die Progression bei 400 Millionen. Erbschaften, die auf Kinder, Enkel und Ehegatten übergehen, werden bis 2 Millionen steuerfrei sein und erreichen den höchsten Satz für diese Erbschaften erst bei einem Vermögen von 400 Millionen. Uebrigens wird in diesem Falle die Steuer nicht von der ganzen Erbschaft, sondern von den Anteilen berechnet.

Das Projekt enthält überdies Bestimmungen, die sich auf das Verhältnis zwischen den jetzigen Wertaufschlägen und der Frage der Verschlebung der Zahlung, da die Steuer auch in Raten entrichtet werden kann, beziehen. Die Finanzbehörde muß solche Erleichterungen bewilligen, da oft das Bargeld fehlt und die Veräußerung der Partei große Nachteile bringen kann. Aber eine solche Verschlebung ist bei den heutigen Verhältnissen von großem Nachteil für den Staat. Die Steuerbeträge verlieren infolge der Denationalisation stetig an Wert. Deshalb steht das Projekt einer Umwälzung der Raten vor, die sich auf den Unterschied in dem Seireispreise zur Zeit der Verschreibung der Steuer und der Fälligkeit der Rate gründet.

bip. Wieder ein Findling. Im Kanal in der Lutomińska Straße wurde ein etwa 4 Monate altes Kind gefunden.

bip. Weg. Dem Alexandrowska 93 wohnhaften Michel Barl nahm seine Frau verschiedene Sachen im Werte von 3 Millionen W. und machte sich damit auf und davon. Der davon benachrichtigte Polizei gelang es jedoch, die flüchtige festzunehmen und ihrer Familie zurückzugeben.

ab. Diebstähle. Auf früherer Zeit wurde in der Wohnung von Grabowski, Wschodnia 63, ein gewisser Jurek Emil Wojer, wohnhaft Bajerla 53, ertrappt, als er verschiedene Sachen im Werte von 4 Millionen W. bereits in einen Sack gepackt hatte. — In der Fabrik der Wt. Ges. Hirsberg u. Wschodnia wurde der Arbeiter Smolnik Stefan dabei abgefaßt, als er Ware im Werte von 1 500 000 W. heranzutragen versuchte.

Spenden.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermittelt worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für den Weiterbau der St. Matthäuskirche: Eine auf der einjährigen Geburtsfeier der kleinen Elisabeth

Kunst und Wissen.

Der 1. „Amiertschenko-Abend“ hat vorgestern den Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, denn der Auf des russischen Humoristen und eine großzügige Kellame haben ihre Sache getan; daß unser Volk ganz gerne ab und zu russisch hört, ist eine bekannte Tatsache und da auch das Programm speziell für die Lachmuskeln reiche Genüsse versprach, so war der Erfolg des Abends in diesen traurigen Zeiten durchaus gesichert. Und man ist auch so ziemlich zufrieden heimgegangen, denn die Russen haben ihre Sache ganz gut gemacht. Der Charakter „Der Rabe“, mit dem Herr J. Kolbow mit Frau Reitsch den Abend eröffneten, wurden fast ebenso gut geliebt, wie die zum Schluss aufgeführte Pöse „Maz“, in der Amiertschenko selbst und Frau Saburowa sich zu ihnen gesellten. Zwischen diesen zwei Stücken gab Amiertschenko seine urkomischen Monologe zum besten, zuweilen kräftig von Frau Reitsch unterstützt.

Vom Standpunkte der Literatur oder der Bühnenkunst kann man solche Aufführungen kaum einer ersten Besprechung unterziehen. Man lachte und hat den Abend in guter Laune verbracht — quod erat demonstrandum.

Dr. B.-s.

Uns wird geschrieben: Heute um 8½ Uhr findet im Saale der Philharmonie das letzte Gastspiel Arla di Amiertschenko unter Mitwirkung der Frau Reitsch und des Herrn J. Kolbow statt. Karten sind in der Philharmonie zu haben.

Deutsches Theater. Uns wird geschrieben: Wer wirklich vom Herzen lachen will und somit einige Stun-

Schüler veranstaltete Spendenaktion durch die Baten Frau A. Schäfer und Herrn Karl Hartwig ergab 20 000 Mark. Mit dem bisherigen zusammen 95 000 Mark.

Vom Film.

„Das Kind des Karnevals.“ Der neue Film des Luna-Theaters stellt einen guten Giff dieses Kinos dar. Der tragisch beginnende und tragisch ausklingende Film ist in seiner Handlung so gemühtvoll und launig, daß auch dem griech-grämigsten Besucher das Herz weit wird.

Die Fabel des Films, der es verdient, etwas ausführlicher besprochen zu werden, ist kurz folgende: Der Stadtbau-meister von Wizza wird von seinem Bruder um 30 000 Franken, fälschliches Geld, bestohlen. Um den Verlust wieder einzubringen, spielt der Baumeister mit dem Rest seines Vermögens in der Spielbank, verliert aber das Letzte. Da er die Schande nicht zu überleben glaubt, erhängt er sich — wird aber im letzten Augenblick von seiner Frau Yvonne abgefaßt. Der Baumeister geht schließlich nach Amerika, während seine Frau mit ihrem Säugling in größter Not zurückbleibt. Da sie sich nicht anders zu helfen weiß, stellt sie ihr Kind vor der Tür des Palais des jungen Marquis Octavien aus, der zum Karneval nach Wizza gekommen war. Der Lebewand findet das lebende Bündel, als er von einem feuchtschläfrigen Felt selig nach Hause kommt. Am nächsten Morgen kehrt er nach Paris zurück, nicht ohne das Kind mitzunehmen. Auch Yvonne begibt sich nach Paris. Der Zufall führt es, daß sie die Pflegerin des Kleinkindes des Marquis wird. Unter ihrem Einfluß gibt der Marquis sein wildes Leben auf und verliebt sich in Yvonne. Da einer Zeitungsmeldung zufolge der Dampfer, auf dem ihr Mann als Steward Anstellung gefunden hatte, untergegangen ist, besteht kein Hindernis mehr zu einer Vereinigung der beiden Liebenden. In dem Augenblick aber, da Octavien und Yvonne vor dem Standesbeamten stehen, kehrt der folgelaube Baumeister zurück. Die glücklichen Neuerwählten finden ihn bei ihrer Rückkehr vor — und die Trennungskunde schlägt.

Der sehr sorgfältig aufgebaute Film der Pariser Firma Pathé Jeromow verbreitet ästhetisches Behagen. Die Naturansichten, die mit hinein gestreut sind, sind sehr wertvoll, beglücken die Szenen vom berühmten Wizzaner Karneval. Das treffliche Spiel des bekannten russischen Künstlerpaars Woffhuzin und Lissienko ist über jedes Lob erhaben und gestaltet den Film zu einem Kunstwerk. Nicht unerwähnt zu bleiben verdient das wohl abgemessene Spiel des Kammerdieners und das des „Karnevalskindes“, eines entzückenden Bubens, an dem wohl jede Frau gern Mutterstelle vertreten möchte.

Die Filmbaba als Puppenfabrikantin. Mary Widdford, die amerikanische Filmbaba, ist im Begriff, mit einem Kapitalanwand von 100 000 Pfund Sterling eine Puppenfabrik in Kalifornien zu errichten, die sich ausschließlich mit der Erzeugung von Puppen nach dem Bild der Besitzerin beschäftigen soll. Das Unternehmen verdankt seine Gründung Mary Widdfords kleiner Nichte, die durchaus eine „Puppe wie Sankchen“ haben wollte. Ihr Wunsch wurde auch erfüllt, und die Widdfordpuppe fand so großen Beifall, daß die Filmbaba einen Wunderschlag auf das Wobell nahm und die Herstellung in großem Maßstabe beschloß, was nicht nur einen guten Gewinn, sondern vor allem auch eine vorzügliche Kellame verspricht.

Nur unverbrennliche Filme dürfen, nach der „Amiertschen“, in Frankreich vom Juni 1923 ab zur Verwendung kommen. Die Annahme entsprechender gesetzlicher Vorschriften auch in anderen Ländern wäre im Interesse der Sicherheit der Besucher von Lichtspielhäusern nur zu begrüßen. Eine besondere Schwierigkeit für die Kinobesitzer dürfte sich dabei nicht ergeben, denn es ist schon seit einiger Zeit ein unverbrennlicher Film auf dem Markt, bei dem an Stelle des leicht entzündlichen Zelluloids (Zellulosenitrat mit Kampfer) Zelluloseacetat verwendet wird.

Versilte Weltliteratur. In Kürze wird in einem großen Berliner Filmtheater Koltojs „Auferstehung“ gefilmt werden. Für später ist die Versilung von Dostojewskis „Die Dämonen“ und „Eugene Grangel“ von Baskac in Aussicht genommen. Die Carl Wilhelm G. versilmt gegenwärtig das Schauspiel von Adolf Wilbrandt „Die Tochter des Herrn Fabritius“.

Ein Steinheil-Film. Die Wiener Ma-Film A. G. kurbelt zur Zeit einen Film, der den bekannten Sensationsprophet der Madame Steinheil zum Gegenstand hat.

Historische Filme. Die Historia Film A. G. bereitet einen Großfilm „Karl XII. von Schweden“ vor. — Die Nazim-Film A. G. dreht einen großen historischen Film „Maria Theresia“ mit der unerwähnten Penny Porten in der Hauptrolle.

Von der allgemeinen Preissteigerung in aller Welt werden jetzt auch die Sünden betroffen. Bis vor kurzer Zeit war es in Frankreich üblich, 25 Franken als angemessene Strafe für einen Ehebruch zu bezeichnen. Da bei diesem Vergehen immer mindestens zwei Personen beteiligt sein müssen, floßen der Staatskasse auf diese Weise aus jedem bewiesenen Einzelfall 50 Franken zu. Jetzt wird jedoch, den Anforderungen der allgemeinen Preissteigerung entsprechend, die vierfache Lage erhoben. Trotz der Erhebung dieses Wucherpreises scheint sich eine gewisse Zahlungsfähigkeit auf diesem Gebiet bemerkbar zu machen. Jedenfalls sind die zur Aburteilung kommenden Fälle nicht weniger zahlreich geworden, so daß der Staatsfiskus verhältnismäßig gute Geschäfte macht.

In einem italienischen Provinzialblatt veröffentlichte vor einiger Zeit ein aus dem Gefängnis entlassener Schieber folgende Dankagung für die eigene Aburteilung zu 18 Monaten Kerker an seinen Richter:

„Ich schicke mich eben an, wegen verschiedener durch üppige Lebensweise erworbener Leiden ein Sanatorium aufzusuchen, als meine Aburteilung dazwischen kam, durch welche ich nicht nur viel Geld erparierte, sondern auch die verlorene Gesundheit wieder fand. Die spärliche Nahrung, das harte Lager, Gartenarbeit, Soljaden und das Buchbinderhandwerk sind meine Retter. Ich spreche und korrespondiere perfekt englisch und biete meine Kraft einem erstklassigen Unternehmen an.“

Schieber von Lodz! Fällt ihr nicht Eufi, dem Beispieler eines ehemaligen italienischen Kollegen zu folgen und über den Umweg des Gefängnisses wieder anständige Menschen zu werden?

A. K.

den des Alltags Sorgen vergessen will, veräume ja nicht, Sonntag nachmittag um 3.30 und abends um 6 Uhr ins Scala-Theater zu eilen und die Aufführung von Radelburgs „Die verfrachtete Erbschaft der das Varenfell“ zu besuchen. Lachen, Lachen und Lachen — so lautet die Parole.

Der Lodzer Magistrat für die Kunst. In seiner letzten Sitzung erteilte der Magistrat der dramatischen Schule beim Stadttheater eine Unterstützung von 1 500 000 W. und dem Lodzer philharmonischen Orchester einen Zuschuß von 6 Millionen Mark.

Der Influenza-Vaxillus entdeckt. Die Forscher J. Gates und P. Dittah vom Rockefeller-Institut in Schenectady haben einen Vaxillus entdeckt, der als der Erreger der Influenza, der Grippe und der Lungenentzündung gilt. Im „Gerald“ teilt der Leiter des Instituts mit: „Unsere Forschungen gelang es, in der Nase und im Hals der Grippekranken eine Mikrobenart festzustellen, die sich niemals an gefunden Personen vorfindet.“

Leipzig ohne Denkmäler. Ueber Nacht sind plötzlich aus dem Weichbild der Stadt sämtliche erzene und bronzene Standbilder und Denkmäler verschwunden. Aoro perennius... Die Stadtverwaltung hat sie, bevor sie gestohlen werden, abmontiert und eingezogen. Sie hat sich zu dieser Maßnahme gezwungen gesehen, nachdem die Leipziger eines Morgens einen Steinhaufen ohne Bronzedenkmäler vorfanden. Bis zur Rückkehr sicherer Zeiten wird Leipzig seines Denkmalschmucks, soweit er aus kostbarem Material besteht, entkleidet bleiben.

„Ein Eulenspiegel“ und „Gullivers Reisen“ verfilmt. Die Eulenspiegel-Comb. bringt gegenwärtig zwei Großfilme von literarischer Bedeutung heraus, so die Verfilmung des Gulliverschen Romanes „Ein Eulenspiegel“ und von Swifts „Gullivers Reisen“.

Sport.

Ein neuer Flugrekord. In der Meldung vom Donnerstag unter der obigen Spitzmarke erhielten wir nachstehende Zuschrift: In der heutigen Nummer der „Bodger Freien Presse“ unter „Ein neuer Flugrekord“ wird berichtet, daß der engl. Flieger Maney Keol (Mangrol) auf motorlosem Flugzeug in gerader Linie 8 Km. zurücklegte und somit den letzten Weltrekord schlug. — Obiges entspricht nicht ganz den Tatsachen. Maney Keol stellte wohl einen Flugrekord auf, indem er sich 8 St. 21 Min. 7 Sek. in der Luft hielt und somit Höhen von der Abfliegergruppe Darmstadt (8 St. 6 Min.), schlug. Was jedoch die Länge der zurückgelegten Strecke anbetrifft, so hat Martens (Abfliegergruppe Darmstadt) schon am 18. VIII. 22. fast 2 Monate vor den Flügen in Ziford 614 — 9500 m. zurückgelegt.

Vereine und Versammlungen.

Deutscher Lehrerverein. Der Vorstand macht bekannt, daß die m. Mitglieder an jedem Sonnabend von 8 Uhr a. im Vereinslokale, Petrisauer 243 (ehem. Villardsaal des Männergesangsvereins), zu einem zwanglosen gemächlichen Beisammensein zusammenkommen können. Im Interesse der Geselligkeit wäre zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Die Generalversammlung des Musikvereins „Stella“. Die am Sonnabend stattfand, wurde vom Vorsitzenden, Herrn Oskar Dreßler jun., im zweiten Termin eröffnet. Anwesend waren 88 Mitglieder. Nachdem durch Erheben von den Sitten das Andenken des verstorbenen Mitglieds Herrn Ebnard Fleischmann geehrt worden und die Protokolle und Berichte über die Tätigkeit des Vereins verlesen und angenommen worden waren, legte der bisherige Vorstand sein Amt nieder und es wurde zur Neuwahl geschritten. Zum Vorsitzenden der Generalversammlung wurde Herr J. Böbel gewählt, der seinerseits die Herren Oskar Dreßler und Oskar J. Böbel zu Stellvertretern, zu Schriftführern die Herren Julius Radtke und Oskar Ulrichs, zum Kassierer mit Stimmenmehrheit Herr Artur Szumoch und durch Jura Herr Theodor Schmidt. Ferner wurden durch Jura nachstehende Herren gewählt: Wirts: Alwin Schön, Karl Lerch und Ferdinand Hennig, Archivare: Edmund Schön und Karl Wildemann. Der langjährige vereidete Kapellmeister des Vereins, Herr Robert Bräutigam, wurde einstimmig zum Ehrenkapellmeister des Vereins ernannt. Zum Kapellmeister wurde Herr Reinhold Bölg gewählt. Die Revisionskommission setzt sich aus nachstehenden Herren zusammen: Edmund Thiem, Wilhelm Wagner, Josef Sturzewski, Gottlieb Fiege und Edmund Gull. In die Ballotagekommission wurden nachstehende Herren gewählt: J. Ungermann, J. Piotrowski, E. Fogel, R. Reibler, Alfred Geisler, R. Wildemann, D. Goff, R. Knote, W. Thiem und als Kandidaten in die Verwaltung: R. Sigwart, W. Wagner sen. Nachdem einstimmig beschlossen worden war, eine neue Vereinsfahne anzuschaffen, wurde die Versammlung um 8 1/2 Uhr nachts geschlossen.

Aus dem Reiche.

Bglery. Töblicher Unglücksfall. Am Mittwoch um 1 Uhr mittags ereignete sich in der Fabrik der A. G. Borst ein töblicher Unglücksfall. Der Weber Blasław Ruschalski, 45 Jahre alt, wollte unter dem Webstuhl eine Schraube befestigen, als gerade die zweite Schicht zur Arbeit kam. Die Weberin Schumania ließ, nichts böses ahnend, den Stuhl los, wobei dem Ruschalski der Kopf zerquetscht wurde. Ruschalski war in einigen Minuten eine Leiche.

Von der Schuhmachermeister-Innung. Am Montag hielten die Schuhmachermeister um 5 Uhr nachmittags im Lokale des Oberältesten Herrn Felix Wosja in Anwesenheit von 25 Mitgliedern ihre Jahresgeneralversammlung ab. Der Rechenschaftsbericht wurde vom Oberältesten vorgelegt und von allen Anwesenden gutgeheißen und angenommen. Daraus ist zu ersehen, daß die Einnahmen 100 000 M., dagegen die Ausgaben 102 000 M. betrugen. Im Laufe des Jahres wurden 10 Herren in die Zahl der Meister aufgenommen, 15 Ausgelernte freigesprochen und 20 Befehlshaber eingeschrieben. Nachdem die Quartalsbeiträge entgegengenommen worden waren, wurde beschlossen, diesen auf 1000 M. zu erhöhen sowie die Gebühren für das Meisterwerden und das Freisprechen eines Befehlshabers bedeutend zu erhöhen. Nun legten die beiden Ältesten: Herr Felix Wosja und Herr Louis Zernst, deren Amtszeit um war, ihr Mandat nieder, wurden aber beide einstimmig wiedergewählt. Die Sitzung wurde um 9 Uhr abends geschlossen.

Hier kreifen seit der vorigen Woche alle Schuher- und Schneidergesellen. Sie verlangen 120 Proz. Lohnerhöhung.

Von der „Deutschen Selbsthilfe.“ Der neu gewählte Vorstand und Aufsichtsrat oeben sich Mühe, die Warenumlage größer zu gestalten. Nach Möglichkeit soll es an täglichen Bedarfsartikeln jeder Art nicht fehlen. Die Wünsche der Mitglieder sollen stets Beachtung finden. Nur so kann eine auf Gegenseitigkeit

beruhende Verbrauchergesellschaft bestehen und gedeihlich sich entwickeln. Deshalb bildete die Vergrößerung des Umlagekapitals die vornehmste Sorge des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Bei der gegenwärtigen furchtbaren Geldentwertung kann bei einer Einlage von 4000 Mark, die jedes Mitglied laut Beschluß der letzten Hauptversammlung aufzubringen hatte, ein Geschäft keinesfalls geführt werden. Gemäß den Satzungen können Mitglieder bis 10 Anteile besitzen. Diesen Umstand ausnützend, wandten sich die Herren des Vorstandes an einzelne Mitglieder und baten sie, eine größere Anzahl von Anteilen zu zeichnen. Es fanden sich Mitglieder, die gern auf die Anerbieten einzugehen und beträchtliche Summen zeichnen. Auf diese Weise wurde das Umlagekapital um eine 1/2 Million Mark (in Gestalt von Einlagen) gestärkt. Es ist zu hoffen, daß dieses Beispiel recht zahlreiche Nachahmer finden wird. Der weiteren Entwicklung der „Deutschen Selbsthilfe“ wird dadurch nichts mehr im Wege stehen.

Alexandrow „Spółdzielczy Bank Ludowy“ Am Sonnabend, den 24. Februar, um 3 Uhr nachmittags, fand im eigenen Geschäftsfokale die Jahresversammlung der Mitglieder der hiesigen Bank „Spółdzielczy Bank Ludowy“ statt. Von den annähernd 170 Mitgliedern waren 82 zur Versammlung erschienen. Aus dem vom Geschäftsführer der Bank, Herrn Radominski, vorgelesenen Tätigkeitsbericht für das verstlossene Geschäftsjahr ging hervor, daß die Bank ihre Hauptaufgabe, den Mitgliedern durch Diskontierung von Wechseln billigen Kredit zu vermitteln, nach Möglichkeit zu erfüllen suchte und das Infasse der fälligen Wechselbeträge aus anderen Städten Polens vermittelte. Der Jahresumsatz erreichte die Summe von 180 Millionen Mark. Den Mitgliedern konnte die Verwaltung für ihre Bankanteile eine entsprechende Dividende zukommen lassen. Statutengemäß schieden drei Mitglieder aus der Verwaltung bzw. dem Aufsichtsrat aus, wurden aber einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender der Verwaltung und des Aufsichtsrates ist Herr Apollon Alfons Schwab, dessen Stellvertreter Herr Julian Kopynski. Zur Verwaltung gehören die Herren: Kazimierz Radominski, Theodor Schalk und Franz Guff, den Aufsichtsrat bilden die Herren: Jan Jdanowicz und Bruno Girsch, die Revisionskommission setzt sich zusammen aus den Herren: Alexander Dengsch und Martin Westwal. Von der Versammlung wurde beschlossen, den geringsten Mitgliedsanteil auf den Betrag von 10 000 Mark zu erhöhen und die vor dem Kriege bestandene, jetzt aber in Auflösung sich befindende Alexandrower Gesellschaft Gegenseitigen Kredits mit allen Passiven und Aktiven mit der Bank zu vereinen.

Die Bank „Spółdzielczy Bank Ludowy“ entstand vor zwei Jahren aus der schon vor 20 Jahren gegründeten Alexandrower Leih- und Sparkasse, die sich durch solide Geschäftsführung das allgemeine Vertrauen in Alexandrow erworben hatte. Früher gaben die Sparer gern der Kasse ihre Gelder gegen Zinszahlung in Verwaltung, infolge dessen konnte sie auch geldbedürftigen Gemeinwesen durch Erteilung von Darlehen helfen. Nach Friedensschluß änderte sich dieser Zustand vollständig. Die fortgesetzte Entwertung unserer Währung bedingte, daß niemand mehr sein Geld bei der Kasse unterbringt, sondern dafür Sachwerte anschafft, d. h. der Hausbewohner vergrößert sein totes und lebendes Inventar, der Stadtbewohner, welcher bekanntlich an keinem Geldüberschuß leidet, kauft die nötigsten Kleidungsstücke. — Um einer vollständigen Stilllegung ihrer Tätigkeit zu entgehen, beantragte die Verwaltung, dem Zeitgeist folgend, die Umwandlung der Kasse in eine Bank auf genossenschaftlicher Grundlage, was die Mitglieder auf einer Generalversammlung sofort billigten. Ihre Kreditoperationen führt die Bank bei einer größeren Warschauer Genossenschaftsbank aus.

Gegenwärtig sind hier in Alexandrow noch zwei Spar- und Leihkassen tätig, die Raiffeisenkasse (im Jahre 1917 gegründet und in Geschäftsverbindung mit der Bodger deutschen Genossenschaftsbank stehend) sowie die Leih- und Sparkasse der evangelischen Kirchengemeinde, durch amerikanische Hilfsgeber vor 2 Jahren ins Leben gerufen, von Warschau aus vom evang. luth. Konfessionsrat mittelbar geleitet. Sehr zum Nachteil der hiesigen kleinen deutschen Gewerbetreibenden können diese beiden Kassen wegen Kapitalmangels ihre Tätigkeit nur unvollkommen ausüben.

bip. Belaw Der Streik der Handweber beendete. Seit drei Wochen währte hier ein Streik der Handweber, da die hiesigen Industriellen die 60prozentige Lohnerhöhung nicht anerkannten, die den Arbeitern in der ganzen Textilindustrie für den vergangenen Monat zugestimmt worden war. Auf der letzten Konferenz der Industriellen mit den Arbeiterbelegten sahen erste die Berechtigung der Forderungen ein und unterschrieben einen diesbezüglichen Vertrag, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Was die Regelung der Entlohnung in Zukunft anbelangt, so wurde darüber kein Beschluß gefaßt, welche Angelegenheit auch weiterhin in Schweben bleibt.

Krosniewice. Festnahme eines Pferdehehlers. Dieser Tage wurde von der Polizei in Krosniewice der Pferdehändler Lech Wrozy aus Ruzno dabei ertappt, als er zwei Pferde mit Gepack und einem Volant im Werte von 5 Millionen Mark in die Dombie gestohlen worden waren, zu verkaufen versuchte. Demselben Händler wurde auch am 2. d. M. ein gestohlenes Pferd abgenommen, dessen Eigentümer noch unbekannt ist.

Kowicz. Zum Kampf mit Wucher und Kettenhandel. Seit zwei Wochen herrscht bei uns ein tatsächlicher Kampf zwischen den Händlern mit Waren des ersten Bedarfs und der Behörde. Die Starostei ist

bemüht, die Preistreiber der Bäcker und Metzger etwas einzuschränken, und zwar setzte die Behörde die Preise von Brot und Fleisch zum Wohl der Bevölkerung fest. Dies rief unter den Bäckern und Fleischern solche eine Entrüstung hervor, daß sie gänzlich ihre Unternehmungen schlossen und so verstrichen einige Tage, an denen man in ganz Lomisz keine Semmeln, kein Brot und keine Fleischwaren bekommen konnte. — Die Ursachen waren in die, daß die Landbevölkerung, die Müller und Viehhändler sich zu hohe Preise zahlen ließen, was den Starosten von Lomisz bewog, eine Konferenz am 6. d. Mts. einzuberufen. Der Erfolg davon war, daß eine Preisprüfungskommission gewählt wurde, in welcher die angehenden Bürger unserer Stadt vertreten waren und die die Aufgabe hatte, die Preise der Artikel des ersten Bedarfs zu prüfen. Die Preise aber gehen zusehend schnell in die Höhe, ohne daß man sich nach der Kommission richten würde. So wird für ein Kilo Brot 1800 Mark gezahlt, für ein Kilo Rindfleisch 6000 Mark und koscheres Fleisch 7000 Mark. Die Landbevölkerung aber läßt sich für ein Pfund Butter 8000 Mark, für eine Mandl Eier 5000 Mark und für ein Huhn 20—30 000 Mk. zahlen. Ein Korzec Roggen kostet 120 000 Mk.

Fabrikbrand. Am Sonnabend geriet ein Teil der Glasreinigung der Akt.-Ges. „Zen Politi“ in Brand, wobei die hölzernen Gebäude ein Raub der Flammen wurden. Die angrenzenden Gebäude blieben unversehrt. Der Schaden ist bedeutend. Grönder dieses Unternehmens ist der Wyszolanie-Führer und ehemalige Minister Thugatt.

Politik und Wirtschaft. Wie wir bereits berichtet haben, ist im Stadtrat eine Meinungsverschiedenheit unter den Stadtvätern ausgebrochen, in deren Folge die Kandidaten der Rechten ihre Mandate zum Protest niedergelegt haben. Die Folgen sind wie immer verhängnisvoll. So ist die Beleuchtung in der Stadt unregelmäßig, so kostet das Kilowatt 1200 M. und außerdem wird in der Nacht mehrere Male das elektrische Licht abgedreht. Die Wasserbrunnen sind beschädigt, mit einem Worte die ganze städtische Wirtschaft verwaschelt.

Feuer. In der Nacht zum 5. Februar brach im Dorfe Bacyla Paszocze, Gemeinde Lubianow, Feuer aus. Eine Scheune und ein Stall der Gehöfder Rudyj und Jan Rozmarin brannten vollständig nieder, auch 30 Hühner kamen um. Der Schaden wird auf 6 Millionen Mark geschätzt.

Beirunkene sollen photographiert werden. In Kürze soll bei uns ein neues Mittel gegen die Trunksucht angewendet werden. So soll jeder, der im betrunkenen Zustande angetroffen wird, nach der Wollst gedrückt und dann auf eigene Kosten photographiert werden. Am darauffolgenden Tage soll an öffentlichen Plätzen die Photographie ausgestellt werden. Dieser Vorschlag bedarf nur noch der Bestätigung seitens der Behörde.

Erhöhung des Stromtarifs. Vom 1. d. M. ist bei uns der Tarif des elektrischen Stroms von 1600 auf 2600 das Kilowatt erhöht worden.

Warschau. Abtragung der Rathedrale auf dem Sachsenplatz. Um für einen Teil der Arbeitslosen Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, hat der Ministerat beschlossen, die Arbeiten zur Abtragung der russischen Rathedrale auf dem Sächsischen Platz in Angriff zu nehmen.

Bromberg. Ein polnisches Königsbesteck. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte vor einiger Zeit bei einem Kaufmann ein wertvolles Eßbesteck, bestehend aus je einem Messer, Gabel und Löffel, aus dem Tischgedeck des polnischen Königs Sigismund August II. Das Eßbesteck besteht aus schwerem Silber und ist teilweise vergolddet. Oben auf dem Stiele des Messers und der Gabel befindet sich eine Krone; ferner ist dort das polnische und litauische Wappen eingraviert und das Bildnis der Königin herausgearbeitet. Weiter unten befindet sich das Bildnis des Königs. Auf der Klinge des Messers ist neben anderen seinen Goldarbeiten das polnische Wappen eingraviert. Das Besteck hat nicht nur einen sehr hohen Metall-, sondern hauptsächlich auch Altertums-wert. Nach Angaben des Kaufmanns hat er von einem Bekannten nur dies eine Besteck erhalten, um es als Besichtigungsexemplar für den Verkauf von sechs solchen Bestecken zu verwenden. Nach seinen weiteren Angaben ist das Besteck vor zwei Jahren aus Sibirien hierhergebracht worden. Es taugt die Vermutung auf, daß es sich um Gegenstände aus dem Warschauer Königschloß handelt, die die Russen bei ihrem Rückzuge mitgenommen haben.



Bund der Deutschen Polens.

Ramenhof Str. 17.

Stellenangebote.

Anstellung finden: Stuhlmeister, Treibertunen, Weberinnen, Weber.

Stellensuchende.

Beischäftigung suchen: Kontoristen, Kontoristinnen, Lageristen, gebildeter Herr Vertrauensposten, Expedienten, Güterverwalter, Scherer, Schuhausgeber, Verkaufserin, Aufräumefrau, Dienstmädchen, Stickenmeister, Arbeiter.

Hauptdriftleitung: Adolf Kargel.

Verantwortlich für Politik: Hugo Wiczorek; für Lokales und den übrigen unpolitischen Teil: Adolf Kargel. — Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Libertas“ m. b. H. Verlagsdirektor: Dr. Eduard v. Mehrens.

Handel und Volkswirtschaft.

Zur Förderung d. Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen.

Wir lesen in der „Danz. Ztg.“: Man spricht und schreibt viel über die Notwendigkeit engerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Danzig, weil Polen das wirtschaftsgeographische Hinterland des Danziger Hafens ist, weil der Danziger Hafen das Fenster ist, durch das Polen mit seinen rund 30 Millionen Bewohnern auf das Meer, auf den Weltmarkt blickt. Die Zollunion zwischen Danzig und Polen hat ein enges Band um Handel und Industrie beider Staaten geschlungen, und wenn das Wirtschaftsleben Danzigs durch die zwangsweise Anpassung an einen Zolllarif, der nicht mitteleuropäischen Wirtschaftsverhältnissen entspricht, auch in mehr als einer Beziehung auf das schwerste geschädigt worden ist und auch weiterhin gehemmt bleiben wird, so dürfen wir andererseits nicht vergessen, dass unter dem Zwange der Verhältnisse in kürzester Zeit in Danzig eine Industrie entstanden ist, deren Aufgabe nicht nur die Versorgung des kleinen Freistaatsgebiets, sondern auch des ausgedehnten polnischen Reiches ist. Schon die letzten Monate haben den Beweis erbracht, in welcher umfangreichen Masse Danzig als Lieferant für Polen aufzutreten vermag, und man geht keineswegs zu weit mit der Behauptung, dass die nächsten Jahre zweifellos eine weitere Förderung der wechselseitigen Handelsbeziehungen bringen werden, sobald die Kinderkrankheiten im Handel zwischen beiden Staaten überwunden sind. Es ist an dieser Stelle bereits zu wiederholten Malen darauf hingewiesen worden, dass Danzig und sein Hafen im gesamten osteuropäischen Handel eine ausserordentlich bedeutsame Rolle spielen kann, wenn bei allen Erörterungen die Wirtschaft in den Vordergrund gestellt wird. Als Hinterland des Danziger Hafens erwächst damit auch für Polen die Aufgabe, Handel und Wandel in Danzig in der Weise zu fördern, wie es dem Wirtschaftsleben beider Staaten entspricht. Um so bedauerlicher ist es daher, wenn nicht gar zu selten in der polnischen Presse Äusserungen veröffentlicht werden, die in keiner Weise dazu angetan sind, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Danzig und Polen zu fördern. So hat, um ein Beispiel zu nennen, vor wenigen Tagen erst die in Warschau erscheinende „Rzeczpospolita“ eine Notiz unter der Überschrift: „Nur nicht in die Hände der Polen!“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, in der das Blatt sich mit einigen Wirtschaftsfragen Danzigs beschäftigt. Es heisst dort: „Seit längerer Zeit fanden in Neufahrwasser Verhandlungen zwischen einer Gruppe polnischer Zuckerfabrikbesitzer und der Dresdner Bank, die dort die grosse Zuckerraffinerie besitzt, statt. — Der Danziger Senat wandte sich an die Dresdner Bank mit der Forderung, alle Verhandlungen mit den Polen rücksichtslos abbrechen, da die Raffinerie ein Vorposten der deutschen Industrie in Danzig sei und der Verkauf an Polen eine Schwächung des Deutschtums wäre. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der Danziger Senat dem Verein der Danziger Exporteure und Importeure gegenüber ein, der die Absicht hatte, sich dem Zentralverband in Warschau der polnischen Industrie und Kaufmannschaft anzuschliessen.“

Es klingt diese Meldung so ungeheuerlich, dass von vornherein Zweifel an ihrer Richtigkeit entstehen mussten. Und nun die Rückfragen! Die Dresdner Bank ist an der Zuckerraffinerie in Neufahrwasser überhaupt nicht interessiert. Sie hat infolgedessen niemals daran gedacht, mit polnischen Zuckerfabrikbesitzern zu verhandeln. Es versteht sich demgemäss von selbst, dass sich auch der Danziger Senat niemals hat träumen lassen, sich an die Dresdner Bank mit der Forderung zu wenden, alle Verhandlungen mit den Polen rücksichtslos abbrechen. Ähnlich liegen die Dinge in der Angelegenheit der Vereinigung Danziger Importeure und Exporteure. Wie von massgebender Stelle erklärt wird, hat die genannte Vereinigung niemals die Absicht gehabt, den Warschauer Zentralverband für Handel, Industrie und Verkehr ins Leben zu rufen, der auch den Verein polnischer Kaufleute in Danzig umfassen sollte. In diesem Zusammenhang ist gelegentlich der Gedanke aufgetaucht, Fühlung mit dem entsprechenden Verband in Warschau zu nehmen. Von einem Anschluss an den Warschauer Verband ist dabei ebensowenig die Rede gewesen, wie von einem Eingreifen des Danziger Senats zur Verhinderung eines Zusammenschlusses beider Verbände, was um so eintuchtender erscheint, als der Danziger Zentralverband für Handel, Industrie und Verkehr bis auf den heutigen Tag nicht gegründet worden ist.

Kredite für die Lodzer Industrie.

Im Einvernehmen mit den Vertretern der Textilindustrie setzte das Finanzministerium folgende Grundsätze für die Erteilung von Staatskrediten für die Lodzer Industrie fest. Die Laufdauer der der Polnischen Landesdarlehenskasse zum Diskont eingereichten Wechsel darf 6 Wochen nicht überschreiten. Neuaufgenommene oder laufende Warenkredite werden, falls eine Prolongierung eintritt, der Verpfändung gemäss dem Zloty-Multiplikator unterliegen. Investitionsdarlehen zum Kauf von Maschinen u. a. unterliegen der Rückerstattung laut dem Zloty-Multiplikator.

Ueber die Verbesserung der Bahnverbindung Danzig-Warschau. Die Debatte hierüber ist noch nicht beendet. Der „Przebieg Włocławski“, der mit grossem Eifer den Plan einer neuen Linie über Marienburg — Dt. Eylau verfolgt, will die Frage anscheinend selbst restlos lösen und macht alle nur irgendwie in Frage kommenden Fachleute mobil. Diesmal musste der Leiter der „Abteilung für Monopol- und Valutakontrolle“ daran glauben. Einem Vertreter des Blattes gab dieser nachstehende Aufklärung:

Die Monopol- und Finanzbehörden beabsichtigten im Falle der Einstellung des neuen Expresszuges keine besonderen Haltepunkte oder Revisionen zu fordern. Sie wollen sich mit einem etwas längeren Aufenthalt in Dirschau zufriedengeben. In Dirschau wird der Zug je eine halbe Stunde stehen müssen, da auf der Fahrt von Warschau nach Danzig die Valutakontrolle, auf der Rückfahrt aber die Monopolrevision dort durchgeführt werden muss. Um diese Verzögerung zu vermeiden, könnten die Kontrollen zwar nach westeuropäischem Muster während der Fahrt durch das deutsche Gebiet erfolgen, um so mehr, als die Fahrt in geschlossenen Wagen vor sich geht und etwa eine Stunde währt. Doch könnte dies nur mit Genehmigung der Zollbehörde geschehen. Die polnischen Zollbehörden verlangen jedoch für sich noch gesonderte Revisionsmöglichkeiten. Wahrscheinlich wird aber zwischen der Monopol- und der Finanzverwaltung ein Einvernehmen dahingehend zustandekommen, dass die Revisionen gleichzeitig und während eines Aufenthalts erfolgen werden. — So weit die Aufklärung des Vertreters der Monopolbehörde.

Die polnische Zollbehörde hingegen erklärte dem Vertreter der eingangs erwähnten Zeitung, dass der „Expresszug“ auf der Fahrt durch ostpreussisches Gebiet lediglich eine Begleitung durch polnische Zollbeamte erhält, die etwaige Versuche eines Warenaustausches zu verhindern haben wird. Diese Zollbegleitung wird in Rakowitz oder Ilowo den Zug besteigen und ihn in Dirschau wieder verlassen.

Die Notwendigkeit eines Patentgesetzes. Der Staatsrat für Chemie hielt dieser Tage eine Sitzung ab, in der die gegenwärtige Patentlage in Polen besprochen wurde. Der Rat stellte fest, dass die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete des Patentrechts, vor allen Dingen aber die Unmöglichkeit, dass wegen des Fehlens eines polnischen Patentgesetzes Patente ausgestellt werden können, der polnischen Industrie grossen Schaden zufügt und im Auslande einen sehr ungünstigen Eindruck macht, da Polen gegenwärtig zu den wenigen Staaten gehört, die keine Patente ausgeben. Der Rat beschloß, sich durch eine Sonderdelegation an den Handelsminister mit der Bitte zu wenden, schnellstens ein Patentgesetz auszuarbeiten und einzuführen.

Der Nationale Volksverband hat an den Minister für Handel und Industrie folgende Interpellation in Sachen des Patentgesetzes eingereicht: „Von vielen Seiten erhalten wir Beschwerden darüber, dass die Erfinder seit 3 1/2, 3 und 2 Jahren auf die Erledigung ihrer Gesuche um Patentierung ihrer Erfindungen durch das Patentamt warten. Das frühere Patentamt riet den Ungedulden, auf den Berner Vortrag zu warten. Als dieser am 30. Juni 1920 geschlossen wurde, hieß es, daß noch kein polnisches Gesetz über Erfindungen bestehe. Einer der Professoren der juristischen Fakultät an der Jagiellonischen Universität in Krakau arbeitete einen diesbezüglichen Entwurf aus, aber weder dieser noch ein anderer Entwurf ist im Sejm eingebracht worden. Die Unterzeichneten fragen den Herrn Minister für Handel und Industrie: 1. wann er den Entwurf für das Patentgesetz im Sejm einbringen werde; 2. ob er geneigt ist, die Erledigung der Angelegenheiten in dem Patentamt zu beschleunigen.“

Getreidebörse.

Roggen aus Kongresspolen 117—118 holl. Pf.
129 500 Posener Gerste 110 000, Pommerellischer

Hafer 120 000, Posener Hafer 125 000, Gepresstes Roggenstroh 50 000, 50 Proz. Roggenmehl, franko Lager des Käufers 242 000, Roggenkleie, franko Warschau 64 000—65 000, — Weizenkleie, franko Lager des Käufers 65 000.

Warschauer Börse.

Warschau, 1. März
Millionówka 1720-1715
4 1/2 Proz. Pfdb. d. Bodenkreditges. 58
t. 10% Mk 375
5 Proz. Obl. d. Stadt Warschau

Valuten:
Dollars 42250-42600-42600
Kanadische Dollars 40600-41000-40750
Deutsche Mark 1.27-1/2-1.70

Schecks:
Belgien 2225-2245-2225 1/2
Berlin 1.85-1.72 1/2
Danzig 1.85-1.72 1/2
London 197.00-194.00-199.100
New-York 42250-559.0
Budapest 1590
Paris 2516-2580-2150
Prag 1275
Schweiz 7925-7500
Wien 61-60
Italien 2075

Aktien:

Warsch. Diskontobank 37000-40000
Handel- u. Industriebank 26000
Lemberger Industriebank 43.70-4400
Lemberger Kreditbank 12500-13250
Kijewski & Scholtze 90000-9.000
Zuckerfabr. „Ogostecze“ 162000-18.000-164000
Schiffahrtsgesellschaft 5000-4700-4825
Haberbusch & Schiele 29000-30000
Gebr. Nobel 17700-17500-17550
„Sila i swiatlo“ 7700-7425-7450
Firley 14750-15400-15200
Kohlengesellschaft 154000-152500-154000
Lilpop 77000-76000
Ostrowlaser Werke 70000-69.00
Bohn, Zielinski & Co 34500-33000-34000
Starachowice 39000-4.500
Warsch. Handelsbank 69000-71500
Warschauer Kreditbank 13400-15000
Westbank 57000
Arbeiter-Genossenschaftsbank 17500
Wildt 13200-13000
Gebr. Jabikowscy 13000
Polbal 4200-4450
Naphtha 7300-7200
Lenartowicz 6400-6200
Warsch. Bez. d. Zuckerfabr. 180000-182.00-181500
Holzindustrie 6200-6050
Cegielski 110.000-120.000-118.000
„Miedziowy“ 78000-76000-76000
Orlwin & Karasinski 14500
Rudski 44000-45250-44750
Urus 11 Em. 11300-11250
„Polet“ 4800-4600-4750
Zielinski 74000
Berkowski 6400-6100
Michalow 37000-34500-35500
Cielow 31000
Pustelnik 20500-20000
Bednawski 15500-17000
Warsch. Lokomotivenfabrik 12500-12500
Zyrardow 180000
„Hurt“ 7600
Spless 17500-17000-17250
Spiritus 52500
Gostawice 60000

Lodzer Geld-Börse.

Lodz, den 1. März 1923.
Dollars der Vereinigten Staaten (bar) — gezahlt 41700 — gefordert 42000 — Transaktionen —
Dollars der Vereinigten Staaten (Schecks) — gezahlt 40600 — gefordert 40000 — Transaktionen —
Belgische Franken (Schecks) — gezahlt 2220 — gefordert 2230 — Transaktionen —
Französische Franken (Schecks) — gezahlt 3435 — gefordert 2480 — Transaktionen —
Schweizerische Franken (Schecks) — gezahlt 7470 — gefordert 7535 — Transaktionen —
Pfund Sterling (Schecks) — gezahlt 187500 — gefordert 189400 — Transaktionen —
Oesterreichische Kronen (Schecks) — gezahlt 1590 — gefordert 0.90 1/2 — Transaktionen —
Tschechische Kronen (Schecks) — gezahlt 1200 — gefordert 1225 — Transaktionen —
Deutsche Mark (bar) — gezahlt 1.70 — gefordert 1.85 — Transaktionen —
Deutsche Mark (Schecks) — gezahlt 1.63 — gefordert 1.75 — Transaktionen —
Millionówka 1725.

Inoffizielle Börse in Lodz.

Tendenz schwächer. Umsätze mittel.

Es wurde gezahlt:

Dollars 42500-42600
Pfund Sterling 195000
Französische Franken 2550
Belgische 2250
Schweizerische 7800
Deutsche Mark 1.25
Oesterreichische Kronen 0.80
Tschechische Kronen 1240-1230
Lire 200
Rumänische Lei 780
Millionówka 1800
Schecks auf Wien 0.61
Schecks auf Berlin 1.60-1.65
Goldrubel 24000
Silberrubel 12000

